:antifaschistische nachrichten

Nr. 26

g 3336 5.12.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

„Da steh' ich nun ich armer Thor ...

und bin so dumm als wie zuvor."

DRESDEN. Es sieht ganz danach aus, dass die Neonazi-Spelunke „Thor" in Dresden (siehe auch AN 25-2002) ein erfreulich schnelles Ende gefunden hat. Der Vermieter des Neonaziklubs übersandte seinen Mietern am 10.12. eine Kündigung zum 31.12.2002. Laut der Sächsischen Zeitung vom 11.12.02 hat Herr Hähne wohl genug Stress mit dem Neonazi-Treff gehabt in letzter Zeit. So hat er sich nun, doch sehr spontan, entschlossen, den Neonazis im Klub „Thor" zu kündigen.

Diese erfreuliche Tatsache ist nicht zuletzt dem Engagement vieler antifaschistischer Gruppen, linker Organisationen, Einzelpersonen und anderer gesellschaftlicher Kräfte zu verdanken. Die Kampagne „Thor muss weg" wird aber fortgesetzt bis zu dem Tag, an dem die Neonazis endgültig das „Thor" verlassen.

Die geplante Kundgebung am Mittwoch, dem 18. Dezember 2002 findet nach wie vor statt, wird jedoch in die Dresdner Neustadt verlegt. Stattfinden wird sie um 15 Uhr im Alaunpark am Bischofsweg. Auch die inhaltliche Ausrichtung der Kundgebung wird auf die neue Situation eingehen.

Mit Schließung des „Klub Thor" sind die Probleme mit Neonazis nicht vom Tisch. Zwar haben organisierte Neonazis dann einen ihrer wichtigsten Treffpunkte verloren, der nächste größere Neonaziaufmarsch in Dresden steht aber bereits am 13. Februar 2003 bevor. Im letzten Jahr beteiligten sich an diesem Aufmarsch ca. 1.000 Neonazis.

Tina Sommer -
Kampagne „Thor muss weg"
http://www.thormussweg.de
mail to info@thormussweg.de ■

Aus dem Inhalt:

Waffeninspektionen laufen - Bush unbeeindruckt 6
Rechtsextrem-regionalistische Bewegung im Elsass 8

Das nächste Heft wird wegen der Feiertage erst am 3.1.2003 verschickt werden.

Mit einer mutigen Aktion wurde am 10.12. das Anlegen eines Schiffes verhindert, auf dem in Zukunft neu ankommende Flüchtlinge in Köln untergebracht werden sollen. Bericht Seite 11 **Foto: arbeiterfotografie**

Vor der Ausarbeitung neuer „Verteidigungspolitischer Richtlinien"

Nazi-Veteranen und Reservisten wollen ein Wort mitreden

von Ulrich Sander

Bundeswehrminister Peter Struck hat fürs Frühjahr neue Verteidigungspolitische Richtlinien angekündigt. Sie sollen den „neuen Entwicklungen der Sicherheitslage und den neuen Herausforderungen an die Bundeswehr angepasst seien", erfuhren wir Ende November. Wenn die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien so ähnlich auf den Weg gebracht werden, wie jene unter Minister Volker Rühe im Herbst 1992, dann dürften die höchsten Militärs und ihre Zirkel, wie etwa die Clausewitz-Gesellschaft unter Generalinspekteur a.D. Klaus Naumann, wieder ein maßgebliches Wort mitreden.

Reaktionärste Vertreter der Militärkaste stimmen sich derzeit ab, um ihre Forderungen zu formulieren und anzumelden. So berichtet in diesen Tagen das Blatt „Die Gebirgstruppe" Nr. 5/02 über eine „richtungsweisende" sicherheitspolitische Tagung des Deutschen Reservistenverbandes und des „Kameradenkreises" der Gebirgstruppe – und damit sind die Veteranen aus der Wehrmacht und die Reservisten wie Aktiven aus der Bundeswehr gemeint. Sie forderten unmissverständlich: „Mehr Geld für die Innere und Äußere Sicherheit".

So ähnlich klingt es auch, wenn sich höchste Industriellenkreise treffen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) machte vor der Wahl Druck und forderte „eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um drei Mrd. Euro pro Jahr zur Modernisierung der Bundeswehr". Der BDI-Präsident Michael Rogowski mischte sich persönlich ein: „Es muss deutlich mehr investiert werden".

Fortsetzung Seite 3

Baring, Weißmann und Co.

BERLIN. Auf ein volles Haus hofft das rechte „Institut für Staatspolitik“ um die „Junge Freiheit“-Autoren Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann am 14. Dezember in Berlin. Unter dem Motto „Der Bürger - Herrschaft und Gestalt“ findet das 5. „Berliner Kolleg“ von 10 bis 17 Uhr im AVZ, Emser Str. 11/12 in Berlin-Wilmersdorf statt. Höhepunkt der Veranstaltung wird eine Diskussion zwischen Karlheinz Weißmann und Arnulf Baring zum Thema „Bürgerlich – was sonst ?“ sein. Der Publizist Baring hatte unlängst Aufsehen erregt, als er in einem Beitrag für die großbürgerliche „FAZ“ einem Bürgeraufstand gegen das „erstarrte Parteiensystem“ das Wort geredet hatte. Zum Thema referieren ferner Eberhard Straub („Götterdämmerung des Bürgertums“) und Manfred Lauermann („Doppelten Abschied vom Bürgertum“). Das „Institut für Staatspolitik“ hat sich, „mit ausdrücklich positivem Bezug zur eigenen Nation“, der Förderung des akademischen Nachwuchses verschrieben..... *JF 49/02 - hma* ■

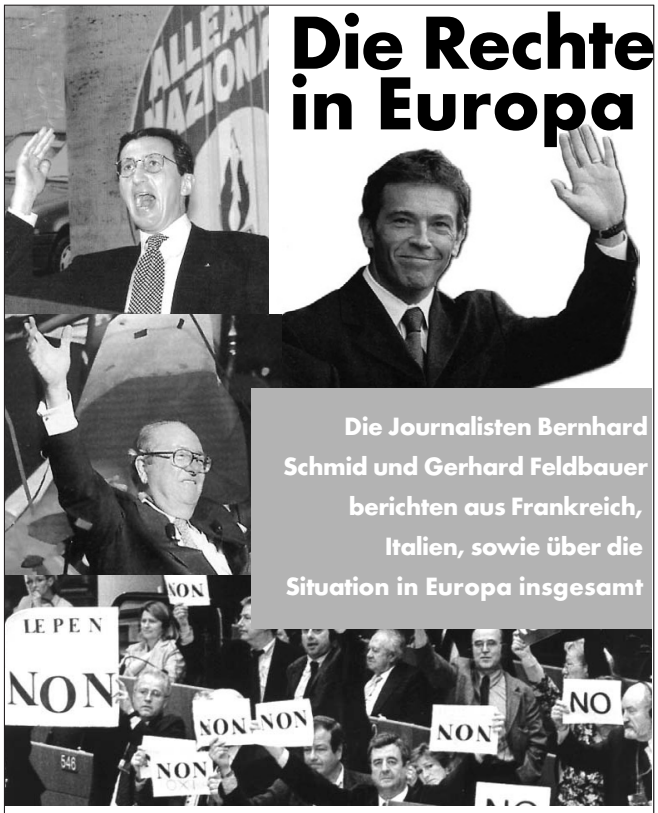
BDV und VGG

MÜNSTER. Eine ominöse „Vereinigung der durch den Grenzvertrag (Gebietsabtretungsvertrag) vom 14. Nov. 1990 Geschädigten“ (VGG) führt am 28. Dezember ihre Mitgliederversammlung in Münster durch. Mitunterzeichnerin „für den Vorstand“ in der Einladung der VGG ist auch Roswitha Möller aus Münster. Möller ist Kreisvorsitzende des „Bund der Vertriebenen“ (BDV) und stellvertretende Landesvorsitzende des BDV in NRW. Mitgründer und 1.Vorsitzender der VGG war der 1994 verstorbene frühere Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Münster, Erwin Schütz. Schütz war Träger des Ritterkreuzes und gehörte nicht nur der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR), sondern auch der „Deutschen Volksunion“ (DVU) des „National-Zeitungs“-Herausgebers Gerhard Frey an, den der Jurist auch beriet. Ebenfalls Mitgründer der VGG und Nachfolger von Schütz im Amt des VGG-Vorsitzenden war Helmut Metzner. Auf der 4. Mitgliederversammlung der VGG im Oktober 1997 konnte Metzner auch den Vorsitzenden des „Grundeigentümerverbandes der Vertriebenen“, Otto Callies aus Hamburg, begrüßen.

Callies wurde 1994 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sog. „Republikaner“ in Hamburg gewählt. Callies traf 1999 den CDU-Europaparlamentsabgeordneten Dr. Georg Jadzembowski zu einem Gespräch, nahm im folgenden Jahr an einem Infostand auf dem Treffen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ teil und schreibt auch für das revanchistische Wochenblatt „Der Schlesier“. Artikel aus der Zeitung „Der Schlesier“, in der man auch Anzeigen der NPD, der sog. „Republikaner“ und anderer Rechtsparteien findet, sind in großer Zahl auch im Weihnachtsrundbrief der VGG von 1997 abgedruckt.

Dazu gehören neben Beiträgen von Paul Latussek, ehemals Vizepräsident des BDV und zeitweise auch kommissarischer Bundesvorsitzender des „Bund Freier Bürger“ (BFB), auch Texte des ehemaligen Waffen-SSlers Hans Werner Woltersdorf, des Autors der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ aus dem Grabert-Verlag, Dr. Gert Meier, der ehemaligen Bundesfunktionärin der sog. „Repbulikaner“, Johanna Grund und von Dieter Ludewig. Letzterer bedauert dort u.a., das die „Multikulti-Ausländerpolitik der Bonner Volkstäuscher zur biologischen Vermischung des deutschen Volkes (Germany must perish)“ jährlich „nahezu 300 Mrd. DM“ koste („Der Schlesier“ 6.6.1997).

Bei der VGG referiert haben auch schon der frühere Europaparlamentsabgeordnete der sog. „Republikaner“, Prof. Emil Schlee, der schon bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ aufgetreten war und Richard Sperber aus Garbsen. Sperber gehörte einst dem FDP-Landesvorstand an und war Anfang der 90er Jahre Landesvorsitzender der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. 1998 war er Leiter einer deutschen Delegation, die an der „Captive Nations Week“ der deutschen „Vertriebenen“ in New York teilnahm, einer Veranstaltung, der auch schon die BDV-Landesfunktionärin Roswitha Möller beiwohnte. Möller, die 1996 den Vorsitzenden der revanchistischen Kleinpartei „Bund für Gesamtdeutschland“, Horst Zaborowski, auf der Jahreshauptversammlung des BDV in Münster als Gast begrüßte, war zuletzt mit der Einladung von Klaus-Rainer Röhl anlässlich des „Tages der Heimat“ des BDV Münster in die öffentliche Kritik geraten. *hma* ■



Die Journalisten Bernhard Schmid und Gerhard Feldbauer berichten aus Frankreich, Italien, sowie über die Situation in Europa insgesamt

18. Januar 2003, 14.00 Uhr

Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3
Kleines Forum

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Infos: Tel. 0221-21 16 58

Erinnerungslücken

ÖSTERREICH/WIEN. Otto von Habsburg (CSU) von der „Paneuropa-Union“ hat im Österreichischen Rundfunk Teile seiner Aussagen in einem Interview mit dem österreichischen „Junge Freiheit“-Ableger, der „Zur Zeit“, dementiert. „Das habe ich überhaupt nie gesagt“, so der 90jährige Sohn des letzten österreichischen Kaisers.

Gemeint waren Habsburgs Äußerungen im Zusammenhang mit der Nahost- und Irak-Krise, nach denen das US-Verteidigungsministerium „mit Juden besetzt“ sei, die nur das Interesse Israels im Auge hätten. *RP 23.11.02 - hma* ■

Grundbesitzer enteignen

NAMIBIA. Ausländische Grundbesitzer die sich unwillig zeigen, bei der geplanten Landreform mit der namibischen Regierung zu kooperieren, sollen nach dem Willen des namibischen Präsidenten Sam Nujoma enteignet werden. „Jede Ecke der Republik Namibias ist das Eigentum des namibischen Volkes. Es wurde von deutschen Kolonialisten von 1884 bis 1915 überfallen, sie haben unser Land unter sich aufgeteilt, sie haben niemals

Zwei Mrd. Euro sollten durch Umschichtungen im Verteidigungshaushalt des Bundes zusammenkommen. Eine Milliarde Euro müsse „zusätzlich oben drauf gepackt werden“, verlangt Rogowski. Er forderte bei Auftragsvergaben vorrangig deutsche Unternehmen zu berücksichtigen. Die deutsche wehrtechnische Industrie sei „unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Industrie und Rüstungsbasis.“ Ohne eine starke Rüstungsindustrie werde es „Deutschland schwer haben, seine Stimme zu erheben“, wenn es um internationale Entscheidungen gehe“, monierte der BDI-Präsident.

Und sein Wille ist der Regierung Gesetz. Ungeachtet Haushaltsdefizit und Sparpaket: Beim Kriegsgerät wird nicht gespart. Allen verwirrenden Medienüberschriften wie „Die Bundeswehr muss drastisch sparen“ (Westfälische Rundschau, 2.12.02) zum Trotz: Es wird nicht etwa aus dem Militärhaushalt in den Sozialhaushalt umgeschichtet, sondern allenfalls einige Rüstungsprogramme werden gestreckt. Die Expertin Anne Rieger hat in „Ossietzky“ kürzlich vorgerechnet: Dem Rüstungsetat 2003 stehen wie geplant 24,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist ein Zuwachs von 767 Mio Euro im Einzelplan gegenüber der bisherigen Finanzplanung. Darüber hinaus können für Investitionen in die Modernisierung der Bundeswehr Mehreinnahmen bis zu einer Höhe von 614 Mio. Euro jährlich aus der Veräußerung überschüssigen Materials sowie aus Grundstücksverkäufen, Vermietung und Verpachtung eingesetzt werden. Das sind über 25 Mrd. Euro. „Mit diesen Mitteln sowie Ausgabeersparnissen aus der Umstrukturierung und Effizienzsteigerung, die in voller Höhe dem Verteidigungshaushalt verbleiben, können die notwendigen Reformen, insbesondere die Stärkung der Strukturinvestitionen ... bewältigt werden“, so die Bundesregierung in einer Pressemitteilung vom 20.11.2002. Weiter: „Für Operationen zur Terrorbekämpfung sowie für sonstige Auslandseinsätze sind in den Jahren 2003 bis 2006 jeweils insgesamt 1.153 Mio. Euro veranschlagt, die bei Bedarf über Haushaltsvermerke verstärkt werden können. Damit ist in genügender Weise Vorsorge für internationale Einsätze der Bundeswehr getroffen“. Den Forderungen des Herrn Rogowski kommt die Regierung also sehr nahe.

Die Militaristen und ihre Verbände legen noch nach. Auch künftig wollen sie, so der Reservistenverband und der Kameradenkreis auf ihrer Tagung in Weilheim, nicht abseits stehen, wenn es um das Wohl und Wehe deutscher Soldaten geht. Gefordert werden immer neue Auslandseinsätze der Truppe und auch Einsätze im Innern. Und das kostet.

„Die Bundeswehr und die Herausforderungen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ war das Thema der prominent besetzten Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung, deren Resultate in der „Gebirgstruppe“ breit gestreut werden. Neben dem bayerischen Innenminister Günter Beckstein und Kurt Rossmanith, Obmann für Sicherheits- und Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fand sich auch General a.D. Dr. Klaus Reinhardt ein. Es gelte, sich von den „Zwängen der Sparpolitik“ zu befreien, wurde

verlangt. Die Herren beriefen sich auf General Harald Kujau, höchster deutscher Vertreter bei der NATO und ehemaliger Generalinspekteur, der gewarnt hatte, dass die eingeleitete Bundeswehrreform ohne deutliche Mittelaufstockung nicht mehr machbar sei. Sein Chef, NATO-Boss und US-General George Robertson, hatte Druck gemacht: Statt 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes müssten 2 Prozent für die „Verteidigung“ ausgegeben werden; das sind weit über 30 Milliarden Euro allein in Deutschland.

General a.D. Klaus Reinhardt erklärte: Es würden „weitreichende Transportmittel, um entfernt liegende Einsatzorte überhaupt erst erreichen zu können,“ benötigt. Mit Blick auf die neuen Aufgaben – die in neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien zu formulieren wären – stellte Reinhardt die rhetorische Frage, „ob unsere Bundeswehr, die traditionell auf Bündnis- und Landesverteidigung angelegt war, mit ihrer weitgehend überholten technischen Ausrüstung von gestern überhaupt noch in der Lage ist, den Gefahren von heute und morgen angemessen zu begegnen.“

Der ehemalige KFOR-Oberbefehlshaber und prominente Gebirgsjäger Reinhardt wies noch auf eine weitere Frage hin, die in den ebenfalls sehr aggressiv formulierten Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 – Rohstoffquellen und Handelswege sollte die Bundeswehr militärisch freikämpfen – noch offen blieb: Warum man denn die Bundeswehr nicht zu Hause einsetze. Schließlich sei es doch die zentrale Aufgabe der KFOR und anderer internationaler Eingreiftruppen gewesen, für „innere Sicherheit“ zu sorgen. „ Die Berufung auf die Geschichte ist nicht mehr zeitgemäß“, sagte Günther Beckstein, CSU-Innenminister, dem General zustimmend, zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und attestierte denjenigen „ideologische Scheuklappen“, die nicht über das Thema reden wollten. „Es wäre unerträglich, wenn wir unter den zivilisierten Ländern beim Kampf gegen den Terror abseits stehen würden.“ Wenn ein entführtes Flugzeug im Anflug auf das Münchner Oktoberfest sei, brauche man da nicht die Bundeswehr, fragte Beckstein und verschwieg, dass Bundeswehrflugzeuge für solche Fälle sich ständig in der Luft befinden. Kurz nach dem 11. September 2001 waren CSU-Sprecher noch deutlicher: Bei den Millionenmassen von Muslimen in Deutschland brauche man vermutlich Militär zu ihrer Disziplinierung.

Beim sich anbahnenden US-Krieg gegen den Irak sollen Deutschland und Europa ebenfalls auf jeden Fall ein Wort mitreden, so Beckstein aus dem CSU-Kompetenzteam. Und weiter: „Die Freiheit wurde dadurch gesichert, nicht eingeschränkt,“ so lobt Beckstein seine und Schilys „Sicherheitspakete“.

Prof. Dr. Steinkamm, Jurist von der Bundeswehrhochschule und Oberst der Reserve, wünscht sich wie auch Beckstein weitere Gesetze, so ein „Bundeswehraufgabengesetz“, ja sogar eine Grundgesetzänderung: Dringend erforderlich sei diese, um es beispielsweise der Bundeswehr zu ermöglichen, die Polizei beim Schutz auch ziviler Objekte „auch im Heimatland“ einzusetzen, „eine Aufgabe, welche die deutschen Soldaten derzeit im Ausland mit anerkanntem Erfolg wahrnehmen.“

Junge und alte Ultrarechte können derartiges alle zwei Monate im Blatt „Gebirgstruppe“ lesen. Es ermahnt seine Leser, nicht „vorbehaltlos einem verordneten und von einer Gedankenpolizei ideologisch gelenkten und kontrollierten Meinungsklischee zu folgen.“ Erwünscht ist offenbar die Übernahme auch dieser Gedankenpolizei durch die Bundeswehr – im Inneren wie im Äußeren.

Ulrich Sander ■

den Grund und Boden erworben“, so Nujoma. Es sei nun das Vorrecht der namibischen Bevölkerung „zu entscheiden, wem das Land gehört“. Geplant ist u.a. der Zwangsverkauf von 192 Ländereien von Besitzern, die nicht in Namibia leben. „Es ist die Entscheidung meiner Regierung und des namibischen Volkes, solches Land zu enteignen, so Nujoma.

KSA 03.12.02 - hma ■

„Thor“ ruft

BRÜHL. Eine „Deutsche Jugendorganisation THOR“ sucht in der aktuellen Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ den „Erfahrungsaustausch mit anderen nationaldenkenden, deutschen Jugendlichen“, die „Liebe zur Heimat und Natur“ suchen, von „Zelt- und Ferienlagern mit Lagerfeueratmosphäre“ träumen und die „Zukunft der deutschen Jugend“ und „Heimat aktiv mitgestalten“ wollen. Als Kontaktadresse ist u.a. eine Faxnummer aus Brühl angegeben. *hma* ■

Für den 18. Dezember, dem Tag der Hauptversammlung der I.G. Farben i.A., kündigen überlebende Zwangsarbeiter, Kritische Aktionäre und zahlreiche antifaschistische Organisationen eine Demonstration vor der I.G. Farben Hauptversammlung an, die in der Stadthalle Bergen-Enkheims abgehalten wird. Ziel der Proteste ist die sofortige Auflösung des Unternehmens und die Auszahlung seines gesamten Restvermögens an die Zwangsarbeiter.

Anwaltverein beklagt hohes Ausmaß rechter Gewalt

BERLIN. Die Zahl rechtsextremer Gewalttaten hat sich nach Einschätzung des Deutschen Anwaltvereins (DAV) auf hohem Niveau eingependelt. Von einem Rückgang könne keinesfalls gesprochen werden, sagte der Vorsitzende des Kuratoriums der „DAV Stiftung contra Rechtsextremismus und Gewalt“, Micha Guttmann, am 11.12. vor Journalisten in Berlin. Die Gefahr, Opfer eines rechtsextremistischen Übergriffes zu werden, sei wesentlich höher als das Risiko, Opfer eines terroristischen Anschlags zu werden, ergänzte DAV-Präsident Michael Streck. Die DAV-Stiftung, die bedürftigen Opfern politisch motivierter Gewalttaten hilft, hat seit ihrer Gründung vor etwa einem Jahr 62 Anträge auf Unterstützung entgegengenommen. Das sei eine erschreckend hohe Zahl, sagte Streck.

Er beklagte weiter, dass die Opfer rechter Gewalt, in der Regel Ausländer, zu wenig mit dem deutschen Rechtssystem vertraut seien. Das führe dazu, dass sie ihre Rechte nicht wahrnähmen. Polizei und Gerichte berücksichtigten dies in ihrer Behandlung der Opfer häufig nicht.

Der Anwaltverein hatte die Stiftung mit einem Grundstock von 51 000 Euro ausgestattet. Durch Spenden und gerichtliche Geldauflagen habe sich die Summe mittlerweile auf 140 000 Euro erhöht, berichtete Guttmann. Etwa 12 000 Euro seien bislang als Rechtsanwaltskosten ausgeschüttet worden.

Quelle: FR 12.12.2002 ■

Zum Zug kommen! Kein Naziaufmarsch am 11. Januar 2003 in Wuppertal

Bahnsteig 1 und 2 pünktlich 10.00 Uhr Barmen Bahnhof!

WUPPERTAL. Am 11. Januar versuchen die Nazis nun zum 5. Mal in Wuppertal zu marschieren. Diesmal unterstützt von Christian Worch, dem bundeweit tätigen Nazifunktionär. Unter dem Motto „Gegen das Zusammenwirken von linker Gewalt und behördlicher Repression!“ wollen die Nazis um Maik Hilgert und Sascha Guderian durch Wuppertal marschieren. Da sie es alleine bisher in vier Versuchen nicht geschafft haben, muss jetzt Christian Worch für die Anmeldung herhalten. Dieser Aufmarsch wird also von den Nazis spätestens vor dem Verfassungsgericht durchgesetzt. Lasst uns ihnen vorher und am Tag selber den Spaß gründlich verderben:

Weil es beim letzten Mal so gut geklappt hat, werden wir den Bahnhof wieder per Eisenbahn von allen Richtungen erreichen. Um polizeiliche Maßnahmen unnötig zu machen, werden wir mit Presse und prominenteren ZeitgenossInnen und WiderstandskämpferInnen gemeinsam anreisen.

Stellen wir uns also vor, das die SchülerInnen aus Elberfeld, Vohwinkel und Cronenberg zusammen mit den StudentInnen und den aktiven GewerkschaftlerInnen von Kugelfischer und Bayer pünktlich den Bahnsteig 2 besetzen (Ankunft Regionalbahn. Den Bahnsteig 1 hingegen haben schon die AntifaschistInnen aus Hagen und Schwelm zusammen mit den SchülerInnen aus Barmen, Ronsdorf und Langerfeld besetzt. Angefragt sind auch diesmal die Abgeordneten aus dem Landtag und dem Wuppertaler Stadtparlament mit uns per Zug anzureisen.

Es erwarten euch Redebeiträge von WiderstandskämpferInnen und GewerkschafterInnen, SchülerInnen und ausgewählten Bürgermeistern. Wir sind gespannt, wer diesmal kommt!

Wenn die Nazis nicht marschieren können, werden wir in einem Demonstrationszug zur neuen Synagoge ziehen.

Alle auf die Straße! Wuppertal stellt sich quer!

Und hier unsere Zugempfehlung: (Achtung Fahrplanänderung!)

RE aus Köln: Köln Hbf 9:21, Wuppertal Hbf 9:53 umsteigen, weiter 10:02, Wuppertal Barmen 10:05

RE aus Aachen/Düsseldorf: Aachen Hbf 9:14, Wuppertal Barmen 10:05

RE aus Hagen: Dortmund Hbf 9:08, Wuppertal Barmen 9:52. Die S-Bahn ist auch sehr schön....

Infos: www.wuppertal-dichtmachen.de ■

Unterstützt die Aktion „Stimmen für Mumia“

Amnesty International hat schon vor Jahren in einer umfangreichen Dokumentation festgestellt: „Zahlreiche Aspekte des Falles von Mumia Abu-Jamal haben eindeutig gegen die internationalen Mindeststandards für eine faire Prozessführung verstoßen. Der Gerechtigkeit wäre am besten mit einem neuen Verfahren gedient.“ Zwar hat der zuständige Bundesrichter Yohn aus Philadelphia im Dezember 2001 das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal vorläufig aufgehoben. ABER: gleichzeitig hat er den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und die Anhörung aller neuen Beweise für Jamals Unschuld abgelehnt. Selbstverständlich hat die Staatsanwaltschaft sofort die erneute Verhängung der Todesstrafe beantragt. Und Mumia, der in diesem Juni seit genau 20 Jahren in der Todeszelle sitzt, ist immer noch dort. Selbst wenn das Todesurteil in lebenslänglich umgewandelt wird – es ist Unrecht! Mumia hat immer auf seiner Unschuld bestanden. Er kämpft für die Anhörung des Zeugen Arnold Beverly, der den Mord gestanden hat, für den Mumia zum Tode verurteilt wurde. Er kämpft für die Anhö-

rung aller weiteren vorliegenden Beweise – für seine Unschuld. Er kämpft für seine Freiheit. Die Zeit drängt. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Mann hingerichtet oder im Hochsicherheitstrakt eingemauert wird. Schon in den Jahren 1995 und '99 konnte seine Hinrichtung durch eine große internationale Öffentlichkeit verhindert werden.
Nebenstehendes Plakat wird bundesweit erscheinen, eventuell auch als Zeitungsanzeige. Darüber hinaus wird es eine eigene Website haben – www.StimmenfuerMumia.de geben (schon geschaltet) – auf der alle UnterzeichnerInnen die bereits gesammelten Namen nachlesen können. Wir bitten Sie, diese Aktion nach Möglichkeit auch finanziell zu unterstützen. Das überschüssige Geld wird für Mumias Verteidigung überwiesen.

Netzwerktreffen der Unterstützungsgruppen für Mumia-Abu-Jamal
Homepage:
http://stimmenfuermumia.de ■

Polizei ändert diskriminierende Broschüre

DÜSSELDORF. Der Protest gegen eine Broschüre der Polizei „So schützen Sie sich im Alter", in der Ausländer pauschalierend als Haupttäter bei Taschendieben und Betrug genannt werden, hat gewirkt. Einen Offenen Brief des Landessprechers der VVN-BdA NRW, Josef Angenfort dazu druckten wir in der letzten AN 25-02, Seite 12 ab. Wie die FR vom 12.12. berichtete, wird die Broschüre aus dem Programm „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes" (ProPK) jetzt überarbeitet. Der Leiter von ProPK Reinhold Hepp gestand ein, dass Taschendiebstahl und Betrug „nicht von der Nationalität abhängig" seien. Ein kleiner Erfolg, der zeigt, dass es sich lohnt, rassistische Diskriminierungen öffentlich zu machen. *u.b.* ■

Antifaschistisches und antirassistisches Mahnfeuer geplant

Die Bürgerintiative „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo" ruft zum antifaschistischen und antirassistischen Mahnfeuer am 21. Dezember ab 19.00 Uhr gegenüber dem Nazi-Zentrum von Günther Deckert (NPD) auf.

Das Nazi-Zentrum in Gränitz gibt es immer noch und entgegen aller polizeilichen Verlautbarungen finden dort auch schon regelmäßige Treffen kleiner Gruppen von Neo-Nazis statt, heißt es im Aufruf. Am 24. November musste Polizei wieder einmal nach Gränitz ausrücken, um eine Versammlung zu kontrollieren und auf den Erhalt der Amtssiegel zu achten.
Seit dem Frühjahr dürfen Hausbesitzer Günter Deckert (Ex-NPD-Vorsitzender) und seine Putzkolonne um Sandro Kempe aus Freiberg keine baulichen Veränderungen mehr vornehmen. Deckert scheint nicht in der Lage zu sein, einen ordnungsgemäßen Bauantrag zu stellen, wie es von jedem normalen Bürger erwartet wird. Stattdessen lamentiert er in der NPD-Partei-Presse über angebliche Schikanen durch die Freiberger Kreisverwaltung oder der Stadtverwaltung von Brand-Erbisdorf. Neben der „Kameradschaft Norkus" aus Freiberg engagiert sich die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" (BdVG), eine Abspaltung der „Jungen Nationaldemokraten" für den Auf- und Ausbau des Nazi-Zentrums Gränitz, das sie auf den Namen „Deutsches Haus Erzgebirge" getauft haben.

Deckert-Anwesen in Gränitz

Für die Bürgerinitiative „Kein Nazi-Zentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!" ist es der vierte Versuch, eine breitere Öffentlichkeit gegen das Nazi-Zentrum in Gränitz zu mobilisieren. Mit der Mahnwache sollen die Neo-Nazis daran gehindert werden, eine größere Sonnenwendfeier auf dem Deckert-Grundstück abzufeiern. Insbesondere die BdVG ist für derartige Spektakel in Sachsen bekannt.

Wie mdr-online berichtete, kaufen sich Nazis in Thüringen offenbar verstärkt Häuser und nutzen diese als Versammlungsräume und „Jugendzentren". Das teilte Innenminister Trautvetter (CDU) im Landtag mit. Die Treffen seien nichtöffentliche Veranstaltungen, deshalb gebe es von staatlicher Seite dagegen keine Handhabe. Auch gegen den Immobilienkauf ließe sich nichts machen. Trautvetter: „Der Erwerb von Objekten steht jeder Privatperson frei". Bekannt sind Jena, Eichsfeld und Wartburgkreis. Ministeriumssprecher Herbrand sagte mdr.de, in Jena Lobeda sei die ehemalige Gaststätte „Zum Löwen" von einem bekannten Neonazi gekauft worden. Derzeit würde das Haus renoviert. Offenbar solle daraus ein „Jugendzentrum" werden. Außerdem habe der Neonazi Thorsten Heise in Fretterode im Eichsfeld ein ehemaliges Altenheim gekauft. Darin würden inzwischen wöchentlich „Kameradschaftsabende" abgehalten. Auch der Landgasthof „Frische Quelle" in Mosbach im Wartburgkreis befinde sich in „rechter" Hand.

Quelle: indymedia.de ■

Anzeige gegen Irak-Krieg

Am 24. Dezember soll eine große Anzeige in der Frankfurter Rundschau erscheinen, die folgenden, vom Friedensratschlag Kassel am 7./8. Dezember abgestimmten Text enthält:

Die US-Regierung hält unbeirrt an ihrer Absicht fest, einen Krieg gegen Irak zu führen. In diesem Krieg geht es weder um „Antiterror-Kampf“, noch um Massenvernichtungswaffen noch um die Herstellung von Demokratie und Menschenrechten. Den USA geht es vielmehr um die Durchsetzung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen in einer der energiereichsten (Öl-) Regionen der Welt.

Wir sagen Nein zu diesem Krieg
Der irakischen Bevölkerung, die unter dem Wirtschafts-Embargo bitterste Not und Hunger leidet und durch das diktatorische Regime von Saddam Hussein unterdrückt wird, würde ein neuer Golfkrieg noch mehr Elend bringen, weitere zig Tausende Tote fordern und das Land endgültig in die Steinzeit zurückbomben. Der Krieg ist ein Verbrechen am irakischen Volk. Es ist ein Angriffskrieg, der gegen jede menschliche Vernunft und gegen das Völkerrecht verstößt.

Keine deutsche Unterstützung für diesen Krieg
Die deutsche Bundesregierung erklärt ihre Bereitschaft, den Irak-Krieg zumindest „passiv“ zu unterstützen. Hierzu hat sie den USA bereits Überflugsrechte und die Nutzung der US-Militärstützpunkte auf deutschem Boden garantiert. Damit bricht sie ihr Wahlversprechen, sich nicht an einem Krieg gegen Irak zu beteiligen. Wir sagen: Auch Beihilfe zu einem unerlaubten Krieg ist ein Verbrechen.

Wir verlangen von der Bundesregierung:
- Kein Nutzungsrecht für US-Militärbasen in Deutschland für diesen Krieg
- Keine Überflugsrechte für britische oder US-Kampfflugzeuge
- Abzug der deutschen Spürpanzer aus Kuwait und der Marine aus der Golfregion.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf,
- sich an den Aktionen der Friedensbewegung gegen den Krieg überall im Land, auch an Militärstützpunkten, zu beteiligen,
- am Tag eines Großangriffs auf den Irak in allen Städten zwischen 17 und 19 Uhr spontane Protest-Versammlungen durchzuführen,

Waffeninspektionen laufen – Bush unbeeindruckt

Ungeachtet der UN-Inspektionen, die bisher ohne nennenswerte Zwischenfälle verliefen, treiben die USA die Kriegsvorbereitungen voran.

Eskalationspotenzial

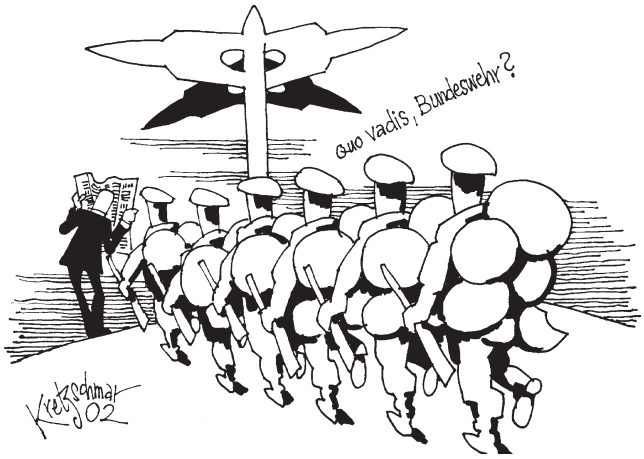
Bush machte am 2.12., in seiner ersten größeren Erklärung seit Beginn der UN-Waffeninspektionen, vor allem deutlich, dass es nicht in der Macht des Irak liege, egal wie sich seine Regierung verhalte, den Krieg abzuwenden. Während sich die Waffeninspektoren nach den ersten Inspektionen „zufrieden“ zeigten, äußerte sich Bush „enttäuscht“. Die US-Administration kündigte an, nach dem 8. Dezember, wenn der Irak wie verlangt die Liste aller ABC-Waffen, Raketen und für die Produktion verwendbaren Komponenten vorgelegt hat, selbst eine auf Geheimdienstinformationen basierende Liste aller irakischen Waffenarsenale zu veröffentlichen und mit der irakischen Liste abzugleichen. Wenn sich Saddam Hussein nicht selbst aller Massenvernichtungswaffen völlig entledige, kündigte Bush an, „werden wir eine Koalition anführen, die ihn entwaffnet“. Von der UNO war nicht die Rede.

Zum wiederholten Male provozierten US- und britische Kampfflugzeuge in der einseitig verhängten und durch keinerlei UN-Beschluss gedeckten Flugverbotszone Zwischenfälle, die sie sogleich zum Anlass nehmen, Ziele in Irak anzugreifen. Nach der bisher letzten Bombardierung wurden nach Angaben des Irak und westlicher Nachrichtenagenturen industrielle Anlagen und Büros der südirakischen Erdölgesellschaft in Basra zerstört und dabei vier Iraker getötet. Der irakische Außenminister Sabri hat daraufhin in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Annan angekündigt, die irakischen Streitkräfte würden für den Fall, dass die Übergriffe andauerten, ihr legitimes Recht auf Selbstverteidigung ausüben.

Ziel der US-Politik: Besatzung und Kontrolle des Irak

Währenddessen bringen „Regierungskreise“ in den USA ihre Planungen für den Irak „nach Saddam Hussein“ in die Öffentlichkeit. Demzufolge bereiten die USA eine mehrjährige militärische Besatzung vor. Man rechne mit monatlich 4 Mrd. $ Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmee, die der Irak aus seinen Ölgeldern aufbringen müsse. Angestrebt wird demzufolge die Einsetzung einer Militärverwaltung ähnlich wie in Deutschland und Japan nach dem zweiten Weltkrieg. Womöglich werde außerdem eine irakische Regierung „bestimmt, die dem Westen wohlgesinnt ist (‚irakischer Karzai‘).“[1]

Dem entsprechen die jüngst bekannt gewordenen militärischen Planungen. Demnach soll Bush einem Aufmarschplan zugestimmt haben, der gleich zu Beginn der militärischen Offensive die Errichtung großer amerikanischer Stützpunkte vorsieht. Durch eine „ausgedehnte Besetzung“ des ganzen Landes sollen die Kontrolle sichergestellt und, das in Richtung Türkei, Lostrennungsbestrebungen der Kurden im Nordirak verhindert werden. Die FAZ kommentiert: „Ein weiterer Vorteil wäre, dass auch das Erdöl des Landes – der Irak verfügt mit geschätzt mehr als 110 Milliarden Barrel über die zweitgrößten Vorkommen nach Saudi-Arabien – unter westliche Kontrolle gelange.“[1]



All diese Planungen bedeuten nichts anderes als die Zerschlagung des Irak als Regionalmacht, die Zerstörung seiner Souveränität, seine Unterwerfung unter eine quasi-koloniale Kontrolle und Ausbeutung.

Das strategische Ziel der Besetzung erfordert den Einsatz großer Truppen. Die noch vor Monaten erwogene Variante, mit „nur“ 50.000 Soldaten anzugreifen und auf direktem Wege Bagdad zu erobern, wurden offensichtlich fallen gelassen. Stattdessen planen die Militärstrategen die Zusammenziehung von rund 250.000 Soldaten und den massi-

ven Einsatz von 60.000 bis 80.000 traditionellen Landstreitkräften. Bisher sind auf den US-Stützpunkten in der Region zwar zahlreiche Waffen und Geräte für den Krieg eingelagert, aber von den veranschlagten rund 250.000 Soldaten erst ca. 50.000 in der engeren Region stationiert.[2] Doch der Aufmarsch wird forciert. In Djibouti trainieren Marines, denen eine Schlüsselfunktion zugeschrieben wird, den Wüstenkrieg. Inzwischen haben die USA die Türkei um die Genehmigung ersucht, bis zu 150.000 Soldaten auf türkischem Boden zu stationieren[3]. Von Deutschland aus ist geplant oder bereits im Gange die Verschiebung von AH-64-Kampfhelikoptern „Apache". Besondere Bedeutung für die Operationsführung wird den Luft- und Seestreitkräften zugemessen. Insgesamt stehen zur Zeit ca. 300 Kampfflugzeuge und Bomber zur Verfügung. Im Golf wird eine Flugzeugträger-Kampfgruppe zusammengezogen; zwei Flugzeugträger sind bereits dort, ein weiterer ist auf dem Weg und wird noch im Dezember eintreffen, ein vierter für Ende Dezember oder Anfang Januar erwartet. Eine Großoperation, schreibt die Neue Zürcher Zeitung[3], sei dann ab Januar möglich.

Nicht nur die amerikanische Friedensbewegung, die zu einer weiteren Großdemonstration Mitte Januar aufruft, macht Front gegen die Kriegsplanungen. Eine Reihe aktiver und pensionierter hochrangiger US-Militärs wie der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Scowcroft, der Nahost-Sonderemissär Zinni, der einstige NATO-Oberbefehlshaber Europa, Clark, der Oberkommandierende des Golfkrieges von 1991, Schwarzkopf, und etliche andere warnen vor allem vor einem schleichenden Ausufern des geplanten Krieges. Angesichts eines drohenden Kampfes auf einem urbanen Schlachtfeld – in Bagdad – werde der Vorteil militärtechnologischer Überlegenheit stark relativiert. Zinni, Nahost-Sonderemissär und ehemaliger General der U.S. Marines, merkte dazu an: „Ich möchte nicht in die Städte hineingesaugt werden. Wir hätten jede Menge Verluste, wir würden massenhaft Zivilisten töten und die Infrastruktur größtenteils zerstören. Schon gar nicht hilfreich wären die Bilder davon, die der Kanal Al-Jazeera ausstrahlen könnte."[4]

BRD: „Unterstützung eines Waffengangs"

Alles kommt jetzt darauf an, durch Mobilisierung der öffentlichen (Welt-)Meinung die militärische Eskalation des Irak-Konflikts so schwer wie möglich zu machen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist der Schwenk der Bundesregierung von der Linie „Keine Beteiligung", die sie im Wahlkampf propagiert und praktisch zur Abstimmung gestellt hat, zu einer Beteiligung verheerend.

Auf dem NATO-Gipfel in Prag am 21.11.02 erklärte Bundeskanzler Schröder, dass die Bundesregierung „selbstverständlich ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen" werde und dass es „selbstverständlich (sei), dass die Bewegungsfreiheit unserer Freunde nicht eingeschränkt würde". Laut FAZ vom 23.11. ergänzte er: „das sehen die Verträge, die es dazu gibt, so vor, und die gedenken wir einzuhalten."

Am 27.11. kündigte er auf einer Pressekonferenz laut Website der Bundesregierung an: „Deutschland werde den Vereinigten Staaten und der NATO im Falle eines militärischen Vorgehens gegen den Irak Überflug-, Bewegungs- und Transportrechte gewähren." Der ehemalige NATO-General Hanno Graf zu Kielmannsegg nannte diese logistische Unterstützung in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk" im Gegensatz zu Schröder und Fischer unverblümt eine „Unterstützung eines Waffengangs … In Wirklichkeit und realistisch gesehen ist es natürlich eine Teilnahme."

Wie der Völkerrechtler Dr. Gregor Schirmer[5] ausführlich darlegt, bestehen „weder nach dem allgemeinen Völkerrecht und der UNO-Charta noch nach speziellen Vertragsbeziehungen Deutschlands, multilateral im Rahmen der NATO oder bilateral im Verhältnis zu den USA, … Verpflichtungen der Bundesrepublik, Aktivitäten der US-Streitkräfte auf deutschem Territorium, insbesondere die Nutzung von deren Militärstützpunkten und des deutschen Luftraums, zur Vorbereitung und Durchführung eines Militärschlages gegen den Irak zu dulden, zu genehmigen oder zu unterstützen. Das gilt unabhängig davon, ob ein solcher Militärschlag vom Sicherheitsrat genehmigt ist oder ohne eine solche Genehmigung durchgeführt wird. Es gilt selbst dann, wenn man einen Militärschlag gegen den Irak für völkerrechtlich zulässig hielte."

Seine Schlussfolgerung: Wenn die Bundesregierung die Nutzung deutschen Territoriums für einen Militärschlag gegen den Irak dulde, dann, „weil ihr der politische Wille und die Durchsetzungskraft fehlt, sich den Kriegsabsichten der USA konsequent zu widersetzen. Sie begeht damit selbst einen schweren Völkerrechtsbruch." *scc* ■

1 FAZ, 19.11.02
2 Neue Zürcher Zeitung, 25.11.02
3 Netzeitung 3.12.02
4 Freitag Nr. 48, 22.11.02. Jürgen Rose, der Verfasser des Artikels, der sich damit auseinandersetzt, warum Teile des US-Militärs gegen einen möglichen Irak-Krieg opponieren, ist Oberstleutnant der Bundeswehr.
5 Deutschland ein Aufmarschgebiet der USA für den Krieg gegen den Irak? Eine völkerrechtliche Expertise. Von Prof. Dr. Gregor Schirmer vom 29.11.02, veröffentlicht unter: www.friedensratschlag.de

● zum Zeichen des Friedenswillens und des Protestes gegen den drohenden Krieg in der Zeit vom 24. bis 31. Dezember weiße Tücher an den Häusern sichtbar zu machen,
● an der Demonstration gegen die „Sicherheitskonferenz" der Militärpolitiker und Rüstungslobby in München am 8. Februar teilzunehmen,
● zum „Europäischen Aktionstag gegen den Krieg" am 15. Februar zu einer Großdemonstration nach Berlin zu kommen.

Stoppt den Krieg, bevor er beginnt!

Was ist zu tun?

Melden Sie sich/meldet euch per e-mail bis spätestens Freitag, 20. Dezember bei: frieden-und-zukunft@t-online.de. Bitte Name, Vorname (ggf. Titel) und Wohnort und/oder Organisationszugehörigkeit sowie die Höhe des gespendeten Betrags angeben. Jede/r Unterzeichner/in überweist gleichzeitig (mindestens) 20,– EUR. Und zwar an:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.,
Kt. Nr.: 200081390 bei der Frankfurter Sparkasse 1822 (BLZ 500 502 01)
Stichwort: „Irak-Krieg"

Peter Strutynski.
Friedensratschlag Kassel ■

Sonder-Justiz geplant

WASHINGTON. Nach Presseberichten hat die US-Regierung mit der Ausarbeitung eines parallelen Rechtssystems für Terrorismus-Verdächtige begonnen. Wie die „Washington-Post" meldete, will das Weiße Haus Polizei und Justiz weit reichende Vollmachten geben. Demnach sollen Verdächtige verhört oder inhaftiert werden können, ohne einen Anwalt konsultieren zu dürfen. Auch während einer Gerichtsverhandlung steht den unter Terrorverdacht stehenden Menschen kein Verteidiger zu. Dem Bericht zufolge soll es möglich sein, Verdächtige auf unbestimmte Zeit in militärische Gefangenschaft zu nehmen.
Mit der Zustimmung des Überwachungsgerichts für den Auslandsgeheimdienst sollen heimlich die Häuser von US-Bürgern durchsucht werden können. Ausländer sollen vor ein Militärgericht gestellt und nach einer geheimen Anhörung abgeschoben werden können. Die Regelungen sollen für „feindliche Kämpfer" gelten, heißt es. Diesen Status gab Washington bereits den in der US-Militärbasis Guantanamo auf Kuba festgehaltenen Taliban- und El-Kaida-Kämpfern, denen die US-Regierung den völkerrechtlichen Status von Kriegsgefangenen verweigert. *KStA 7.12. - u.b.* ■

Rechtsextrem-regionalistische Bewegung im Elsass nimmt neuen Anlauf

Am Sonnabend, 30. November 02 hielt die rechtsextreme und regionalistische Bewegung „Alsace d'abord" (Elsass zuerst) ihren Gründungskongress in Colmar ab. Den Vorsitz der neuen Bewegung, die den Namen einer bereits Ende der 80er Jahre existierenden Wahlplattorm übernimmt, hat der frühere Front National-Parlamentarier Robert Spieler inne.

Robert Spieler, ehemals FN-Vorsitzender im Elsass, hatte sich vor knapp 15 Jahren vom FN unter Jean-Marie Le Pen getrennt und seine stärker regionalistisch ausgerichtete Wahlplattform gegründet. Diese war später in den MRA (Mouvement régionalistische alsacien = Elsässische regionalistische Bewegung) umgewandelt worden. Die Krisenprozesse bei der zweiten größeren rechtsextremen Partei, dem MNR von Bruno Mégret – dem der Zerfall droht –, haben nunmehr der Spieler-Bewegung neuen Aufschwung verschafft. „ Alsace d'abord" fasst den bisherigen MRA sowie die (augetretenen) wichtigsten Kader und Parlamentarier des elsässischen MNR zusammen. Die regionalistisch-rechtsextreme Bewegung hat jetzt 10 Abgeordnete im Regionalparlament von Strasbourg sitzen, die Mehrheit von ihnen sind ehemalige MNR-Vertreter (die im März 1998, vor der Spaltung der Neofaschisten in zwei Parteien, noch für den „ alten" FN gewählt worden waren).

Zum besseren Verständnis der Bedeutung einer solchen regionalistischen Variante der extremen Rechten, bieten wir im folgenden einen kleinen geschichtlichen Überlick.

Kurzer historischer Abriss

Das Elsass dürfte jener Teil Frankreichs sein, der im Laufe der früheren Jahrhunderte am häufigsten den Besitzer wechselte. Zugleich stellt es heute eine der wohlhabendsten Regionen des Landes dar, dank einer frühen Industrialisierung sowie der Nähe der Hochlohnstaaten Deutschland und Schweiz. Dort arbeiten heute zehntausende von Grenzgängern. Auch in politischer Hinsicht weist das Elsass seine Besonderheiten auf. Es ist gleichzeitig eine der am stärksten pro-europäisch ausgerichteten Regionen, gehört aber auch zu denen, die am meisten auf ihre Eigenständigkeit in vielen Bereichen pochen. Die regionalistischen Tendenzen unterscheiden sich jedoch erheblich von denen in anderen französischen Landesteilen. La ligne bleue à l'horizon – die blaue Linie, welche die Vogesen am Horizont abzeichnen –, bildete im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine der zentralen Redefiguren, ja einen Mythos der französischen Dritten Republik. Noch bis 1918 stand die Frage, wie die Gebiete Elsass und Lothringen zurückgewonnen werden könnten, oft im Mittelpunkt des innen-, außen- und militärpolitischen Streits. Der ehemalige Nordostteil Frankreichs war nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, und der Niederlage Napoleon III. in Sedan, durch das gleichzeitig gegründete Willhelmische Reich annektiert worden. Non, ils n'auront pas l'Alsace et la Lorraine - Nein, Elsass und Lohtringen werden ihnen nicht gehören – lautete damals einer der beliebtesten, patriotischen Liedtexte.

Die geographische Bezeichnung war im Prinzip unexakt, denn nur die kleinere Nordhälfte der heutigen Region Lorraine – die Gegend um Metz – war in preußisch-deutsche Hand gefallen. Der Südteil Lothringens um Nancy hingegen ist immer Bestandteil Frankreichs geblieben. Das Elsass hingegen, die heutigen Départements Haut-Rhin (Oberrhein) um Colmar und Bas-Rhin (Niederrhein) um Strasbourg, stand voll unter deutscher Oberhoheit. Hier wirkte sich die versuchte Germanisierungspolitik, durch die „ welsche" – also romanische, in dem Fall französische – sprachliche oder kulturelle Einflüsse für immer ausgetrieben werden sollten, am stärksten aus.

Im 17. Jahrhundert hatte das damalige französische Königreich seinen Machtbereich bis zum Rhein ausgedehnt, von der politischen Zersplitterung und feudalen Kleinstaaterei im benachbarten „ Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" profitierend. Unter Louis XIV (1643 bis 1715) gehörte zeitweise sogar das heutige Rheinland-Pfalz zusätzlich zu Frankreich. Nach der Konstitutierung des deutschen Nationalstaats, die unter Bismarck – anders als in Frankreich – auf autoritärem Wege und durch die vormodernen Eliten, anstatt des Bürgertums, gegründet worden war, erhob das neue Kaiserreich jedoch Anspruch auf westlich des Rheins gelegene Territorien. Frankreich, das ab 1875 zur Republik wurde, sollte so eine möglichst schmachvolle und in Erinnerung bleibende Niederlage bereitet werden.

Im frühen 20. Jahrhundert schwankte die Gunst der öffentlichen Meinung im Elsass abwechselnd zwischen den beiden Staaten hin und her. Zwar rief die autoritäre Politik des willhelminischen Reichs zahlreiche Widerstände in den angegliederten Gebieten hervor, und ab den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts saßen elsässi-

Gegen den Geschichtsrevisionismus

Informationen des Studienkreises deutscher Widerstand 1933 - 45

Die Informationen Nr. 56 des Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945 sind erschienen. Themenschwerpunkte sind die „Beneš-Dekrete" und die „Wehrmachtsausstellung". Ulrich Schneider analysiert den geschichtlichen Hintergrund der „Beneš-Dekrete". Reinhard Kühnl weist, ausgehend vom Begriff der Geschichte als prozesshaftem Geschehen, auf die besondere Bedeutung von Ursachen und Folgen gerade im Hinblick auf die deutsch-tschechischen Beziehungen hin und skizziert die Möglichkeiten eines auf geschichtlichem Verstehen basierenden Dialogs. Gerd Wiegel reflektiert die verschiedenen Aspekte der Kritik an der alten Wehrmachts-Ausstellung und beschreibt vor diesem Hintergrund konzeptionelle Veränderungen. Peter Krahulec geht als Erziehungswissenschaftler und Friedenspädagoge mit kritischen Augen durch die neue Ausstellung. Als „Leitmotiv" finden sich im ganzen Heft und auf der Rückseite Plakate, die Studentinnen und Studenten für einen Wettbewerb der Alliance Graphique Internationale (AGI) an Hochschulen in Deutschland entworfen haben. Zudem gibt es in dieser Ausgabe einen „Überblick über Wanderausstellungen" zu Themen der NS-Zeit.

Das Heft informationen Nr. 56 ist zu beziehen bei: Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel. 069-721575, www.studienkreis-widerstand-1933-45.de

sche Regionalisten – die so weit wie möglich von Berlin loskommen wollten – im deutschen Reichstag. Profranzösische Aktivisten wurden häufig ins Nachbarland abgeschoben, sofern sie keine Gefängnisstrafen abbüßten. Dennoch arrangierte sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung schließlich mit der deutschen Staatsautorität, zumal die materiellen Lebensbedingungen teilweise besser waren als in umliegenden Staaten. Die geschickte Politik Bismarcks, der die Reichspolitik bis zu seinem Abgang 1890 entscheidend prägte, im Hinblick auf die „ soziale Frage“ hatte auch hier ihre Früchte getragen.

Der autoritäre Staat hatte, vor allem um der Situation des Proletariats seine potenziell revolutionäre Sprengkraft zu nehmen, die Sozialversicherungen im Bereich von Kranken- und Altersversorgung sowie Unfallschutz eingeführt. Damit sollte zumindest die gröbste Not, namentlich jene der erwerbsunfähig gewordenen Personen, gelindert werden. Im benachbarten Frankreich hingegen wurde erst im Jahr 1945, mit der Sécurité sociale, ein umfassender Sozialversicherungs-Mechanismus eingeführt. Davor bestanden lediglich Absicherungen in einigen Industriebranchen sowie von Großbürgern privat unterhaltene Wohltätigkeitsverbände.

Bis heute sind Restbestände der damaligen Situation im elsässischen Recht erhalten geblieben. So wurde 1919 als Sonderregelung in die französische nationale Gesetzgebung eingeschrieben, dass in den ehemals von Deutschland annektierten Landesteilen das Konkordat mit der römischen Kirche, das in den katholischen Teilen des Reichs galt, fortbestehe. Diese Sonderstellung gilt bis heute in dem ansonsten offziell laizistischen Frankreich, so dass Staat und Kirche im Elsass nach wie vor nicht vollständig getrennt sind – das macht sich im Bereich der Kirchensteuern, die von den Behörden erhoben werden, ebenso bemerkbar wie beim konfessionellen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen. Aber auch die, seinerzeit noch vorteilhafteren, deutschen Regeln im Sozialversicherungsbereich blieben nach 1918/19 bestehen.

Die wichtigste regionale Stütze für die Forderung nach regionaler Eigenständigkeit – in den Bereichen der Kirchen- und Sozialversicherungspolitik, aber auch auf anderen Feldern wie der Steuerpolitik – war lange Zeit die Christdemokratie, die im Elsass besonders stark war. So war der christdemokratische Politiker Pierre Pflimlin, obwohl selbst im nordfranzösischen Roubaix geboren, nach dem Zweiten Weltkrieg einer der wichtigsten und einflussreichsten Politiker der Region: 1946 wurde er erstmals zum Parlamentsabgeordneten des Bas-Rhin gewählt, ab 1959 amtierte er Jahrzehnte lang als Oberbürgermeister der elsässischen Metropole Strasbourg.

Die Bedeutung der extremen Rechten im Elsass

Lange Zeit waren die politischen Erben der Nachkriegs-Christdemokratie, das konservativ-liberale Parteienbündnis UDF, die stärkste politische Kraft im Elsass. Ab den 80er Jahren jedoch wurde sie allmählich durch eine andere Formation abgelöst, nämlich den rechtsextremen Front National (FN). Es mag zunächst paradox wirken – aber jene, die besonders auf regionale Eigenheiten beharrten, fanden sich in der im Prinzip französisch-nationalistischen Partei besonders gut wieder. Der FN konnte dort im Elsass Fuß fassen, wo die Entkonfessionalisierung der modernen Gesellschaft der Christdemokratie allmählich den Boden entzog, und zugleich das einigende Band in Gestalt der konfessionellen „ Identität“ für viele eher konservative Bürger entfiel.

Die relativ starken kulturellen Eigenarten der Region kamen den Rechtsextremen dabei oftmals zu Hilfe, ihren national-rassistischen Diskurs als „ Identitäts“ersatz an die Stelle des zuvor hegemonialen Katholizismus zu setzen. Die sprachlichen und kulturellen Besonderheiten störten dabei nicht besonders. Im Gegenteil: Oftmals erwiesen sie sich als besonders geeignet, eine in sich geschlossene – und Anspruch auf Homogenität erhebende – Konstruktion von „ Identität“ und Identifikationsmöglichkeiten zu befördern. Jugendliche aus Immigrantenfamilien aus der südelsässischen Mulhouse etwa berichten: „ Immer, wenn etwa die Busfahrer rassistische Sprüche über uns klopfen, dann verfallen sie plötzlich vom Französischen ins Elsässische. Denn sie wissen, dass wir diesen deutschen Dialekt nicht verstehen, im Gegensatz zum Französischen.“

Eine Besonderheit ist dabei zu registrieren: Der Rechtsextremismus brachte im Elsass seine eigene, regionalistisch geprägte Variante hervor. In den späten 80er Jahren trennte sich Robert Spieler, der damalige einflussreiche FN-Chef im Elsass, von seiner Partei und gründete eine neue Partei, die zunächst auf den Namen ‚Liste Alsace d’abord‘ hörte – für „ Elsass zuerst“, unter Anlehnung an (und an Stelle von) Le Pens Slogan „ Die Franzosen zuerst“. Später änderte die neue Bewegung ihren Namen ab in MRA, für Mouvement régionaliste alsacien (Elsässische regionalistische Bewegung). Die spezifisch elsässische und die französisch-nationalistische Variante der extremen Rechten standen zunächst in Konkurrenz zueinander. Doch bei den Parlamentswahlen im Juni 2002 profitierte MRA-Bewerber Robert Spieler als frankreichweit einziger Kandidat von einem Wahlaufruf beider rechtsextremen Großparteien – des FN und des MNR (Mouvement national républicain) von Bruno Mégret – von einem Wahlaufruf zu seinen Gunsten. *Forts. S. 10*

Frankreich: Militante Ultrarechte organisieren sich neu

Am 6. August dieses Jahres wurde die Neonazi-Organisation Unité radicale (UR) verboten (AN 17/02). Seitdem organisiert sich der ultraradikale, militante Flügel der französischen extremen Rechten – jener, dem die Wahlparteien FN und MNR zu schlaff sind und der gern einschlägige Symbole zur Schau stellt – neu.

Bereits am 19. September war, als Ersatzorganisation für UR, die neue Jugendorganisation „Jeunesses identitaires“ (ungefähr identitätsbewusste Jugend) gegründet worden. (AN 20/02) In der Gründungscharta der Organisation heißt es, sie werde „überall dort präsent sein, wo der Kampf es erfordert, unter den jungen Arbeitern, an den Oberschulen, in den Arbeitsämtern, in den Konzerten und vor allem auf der Straße.“

Am Wochenende des 7./8. Dezember trat die neue Gruppierung nun erstmals an die Öffentlichkeit. Am Samstag abend (7.12.) organisierte sie eine Saalveranstaltung im Kellergeschoss eines Hotels in Lyon. Die Veranstaltung hörte auf den Titel „Immigration? Invasion? Die europäische Jugend sagt nein!“ Die Teilnehmer mussten sich – (einem Bericht der Tageszeitung ‚Libération‘ 9.12.) zufolge – zuvor erst zu mehreren konspirativen Treffpunkten in Lyon begeben. Dem Zeitungsbericht nach waren circa 130 vorwiegend junge Teilnehmer, teils mit extrem kurzen Haaren und Bomberjacke, zu verzeichnen. Zu den Veranstaltern und Hauptrednern gehörten die Leitfiguren der verbotenen UR, Guillaume Luyt und Fabrice Robert. Am folgenden Sonntag fanden sich – demselben Bericht zufolge – rund 50 Anhänger der Jeunesses identitaires zu einer Demonstration vor dem türkischen Konsulat in Lyon teil. Sie demonstrierten gegen einen EU-Beitritt der Türkei und gegen das Konsulat als „Symbol der muslimischen Invasion in Europa“. Denn, so ein per Megaphon gehaltener Redebeitrag, „die Türken gehören kulturell und ethnisch nicht zu uns.“

Laut ‚Le Monde‘ (vom 6. Dezember) haben die Jeunesses identitaires die Gründung einer politischen Partei angekündigt. Dies „angesichts des definitiven Verrats des MNR“ – der laut seinem Chef Bruno Mégret angeblich nicht mehr rechtsextrem sein will – „sowie der Streitereien beim FN“ (die zwischen den Anhängern des FN-Generalbeaufragten Bruno Gollnisch und jener der Chef-Tochter Marine Le Pen ausgebrochen sind, nämlich um die Nachfolge des alternden Chefs). Das Gründungsprojekt sei jedoch auf das erste Halbjahr 2003 verschoben worden. Durch den Zerfall des MNR sehe man jedoch Raum für ein solches Projekt frei werden. Der Artikel erwähnt ferner, bei internen Versammlungen zum Organisationsaufbau hätten die Jeunesses identitaires in Paris und Lyon nur einige Dutzend Personen anziehen können, was als mageres Ergebnis gewertet wird. →

In Nizza jedoch – dort ist die frühere UR-Führungsfigur Fabrice Robert ansässig – sei der harte Kern an Aktivisten örtlich bedeutsam. In dieser Stadt führten die Jeunesses identitaires am 12. Oktober eine erste (örtliche) öffentliche Demonstration durch: 20 Anhänger forderten im Garten der Stadtbibliothek, eine dort befindliche Lenin-Statue abzubauen.
Wie durch ‚Le Monde' vom 26. Oktober bekannt wurde, haben die vier Tatverdächtigen, die am 15. September den Priester der Pariser Vorstadt Saint-Denis wegen seiner Unterstützung für Sans papiers tätlich angegriffen hatten (AN berichtete in der Rubrik ‚Ausländerpolitik'), sich ebenfalls den ‚Jeunesses identitaires' angeschlossen. Im Zuge von Hausdurchsuchungen bei den früheren UR-Aktivisten förderte die Polizei bei einem von ihnem, dem 35-jährigen Hervé Lalin, eine Liste mit persönlichen Daten von 10 Prominenten zutage. Es handelt sich teilweise um Linke, wie den Krimi-Autor Didier Daeninckx, und teilweise um Vertreter des Establishments wie den Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë. Der frühere Bedienstete einer Security-Gesellschaft hat sich die Daten wahrscheinlich beschaffen können, als er beim Sicherheitsdienst des Pariser Buchverlags Gallimard beschäftigt war. Die Polizei prüft, so ‚Le Monde', seitdem, ob den 10 Betroffenen verdächtige Bewegungen rund um ihre jeweilige Wohnadresse aufgefallen sind.
Ferner gibt es auch anderweitige Bestrebungen, die (durch den Niedergang bzw. „Verrat" des MNR) verwaiste Szene der Ultraradikalen neu zu organisieren. Am 9. November zog der Aufruf einer Plattform namens „Maisons de l'identité" (Haus der Identität) rund 900 Personen, darunter äußerlich erkennbare gewaltbereite Neonazis, in den Pariser Veranstaltungssaal Salle de Wagram. Eine Gegendemonstration zog rund 200 Personen aus Antifa-Organisationen, Grünen und einer linken jüdisch-pazifistischen Gruppe an. Zuvor hatten die Grünen im Pariser Rathaus das Stattfinden der Neonazi-Messe – die der Grünen-Erklärung zufolge „nicht zufällig am Jahrestag der so genannten ‚Kristallnacht' stattfindet, da diese Leute die Geschichte kennen" – öffentlich verurteilt. Zu den Podiumsdiskutanten gehörten Pierre Vial, der Rassenideologe der Gruppierung Terre et peuple (Volk und Erde), der im Oktober 2001 den MNR verließ ; Robert Spieler von den rechtsextremen elsässischen Regionalisten (siehe neben stehenden Artikel) ; Eric Delcroix, ein bekannter Geschichtsrevisionist und Anwalt, der früher für den FN und später den MNR kandidierte; aber auch Le Pens langjähriger persönlicher Anwalt Georg-Paul Wagner. Unterschiedliche Strömungen der extremen Rechten waren vertreten.
Und schließlich hat die frühere „Nummer Zwei" des MNR, Jean-Yves Le Gallou, am 4. Dezember die Gründung einer – theoretischer Arbeit gewidmeten – Stiftung namens Polemia bekannt gegeben.

Bernhard Schmid, Paris ■

Die Wirkung blieb allerdings begrenzt, da Spieler mit 12,8 Prozent ein eher durchschnittliches Ergebnis für die versammelte extreme Rechte erhielt.

Der Regionalismus in dem relativ wohlhabenden, und an sozialen Konflikten eher armen, Elsass ist damit vorwiegend durch die Rechte aller Schattierungen geprägt. Das ist ein Unterschied zu anderen französischen Landesteilen wie Korsika oder der Bretagne, wo die evidente wirtschaftliche Benachteiligung zunächst zu Bewegungen führten, die sich eher marxistischer oder antikolonialer Befreiungs-Rhetorik bemühten, bevor sie oftmals ebenfalls nach rechts glitten. Der Regionalismus kann jedoch ebenso Sache der – relativ – Reichen wie der Benachteiligten sein. Lediglich in den späten Siebziger Jahren gab es Bemühungen, auch den elsässischen Regionalismus progressiv, oder eher links-ökologisch aufzuladen, als Anti-Atomkraft-Gruppen gegen den Bau von Reaktoren etwa in Fessenheim kämpften und dabei auch Landschaftsschutz und elsässische Mundart für ihre Zwecke bemühten. Nach 1981 aber gingen diese Bewegungen, wie im übrigen Frankreich, darnieder.

Bewaffneten Ausdruck wie andernorts hat dieser, eher konservativ geprägte, Regionalismus eigentlich nie gefunden. Jedenfalls, wenn man von einer Kleingruppe versponnener Nostalgiker Nazideutschlands absieht, die in den späten 80er Jahre unter dem martialischen Namen „Schwarze Wölfe" firmierte. Sie unternahm vor allem einen Bombenanschlag auf die KZ-Gedänkstätte in Struthof. Die Handvoll Aktivisten des Grüppchens, die allesamt in betagtem Alter waren, konnten jedoch rasch dingfest gemacht werden. Die offene Nazi-Nostalgik dieser Gruppe, oder der 1993 verbotenen Neonazi-Gruppe HVE (Heimattreue Vereinigung Elsass) – das elsässische Pendant der in der BRD ebenfalls verbotenen HVD (Heimattreue Vereinigung Deutschlands) –, zieht jedoch heutzutage so gut wie niemanden an. Denn zwar hatten viele Elsässer nach der Wiederangliederung an Frankreich 1918 teilweise pro-deutsche Sympathien gehegt, da die Zentralregierung und ihre Behörden oftmals örtliche Bevölkerungen kollektiv für ihre Haltung unter dem willhelminischen Staat oder ihre Deutschsprachigkeit abstraften. Doch die extrem brutale Eingermanisierung, die der NS-Staat betrieb, hatte diese Sympathien in den frühen 40er Jahren rasch erlöschen lassen. Nach 1945 wollte nur eine verschwindende Minderheit von Elsässern zurück nach Deutschland blicken. Die staatliche Zugehörigkeit zu Frankreich wurde von kaum jemandem ernsthaft kritisiert, und die französische Sprache begann – als Medien-, Bildungs- und dann auch Alltagssprache – den elsässischen Dialekt allmählich zu verdrängen.

Keine großdeutschen Sympathien

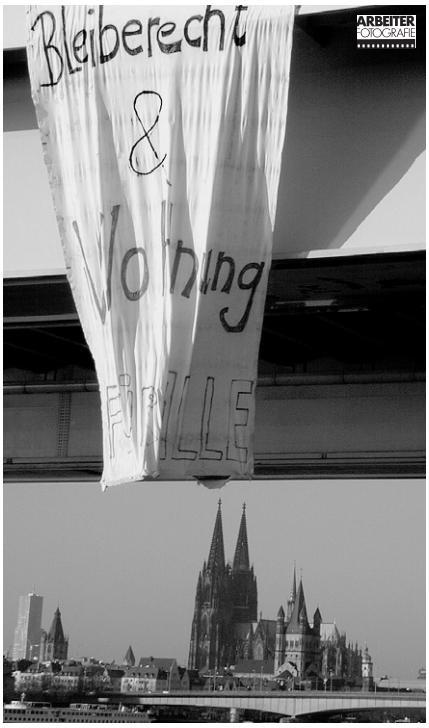
Nach 1982, im Zuge der Dezentralisierungspolitik – mit der die Linksregierung unter Präsident François Mitterrand einige tatsächliche Exzesse der vormaligen Zentralstaatspolitik auszugleichen suchte – versuchte man von Amts wegen, dem Elsässischen wieder einen Platz etwa in den Schulen einzuräumen. Ab 1982 wurden erste Abkommen zwischen der Schulverwaltung und den staatlichen Behörden geschlossen, die dem Elsässischen als Unterrichtssprache Eingang in das Bildungswesen verschaffen sollte. Doch nach Ansicht vieler Beobachter war es zu spät: Die junge Generation beherrschte kaum mehr das Elsässische. „Die angestrebte Zweisprachigkeit hätte 15 oder 20 Jahre früher vielleicht funktionieren können", meint Roland Pfefferkorn, Professor für Soziologie an der Universität Strasbourg und Autor eines Artikels über „Die Bilanz des Bilingualismus im Elsass". „Doch wenn ich in den Neunziger Jahren meinen kleinen Bruder in einer Schule in einer lothringischen Kleinstadt abholen ging, dann fiel mir auf, dass so gut wie alle Kinder unter sich auch in ihrer Freizeit Französisch sprachen. Mit dem Wechsel der Generationen hat sich da einiges verschoben."
Die Reform zur Einführung der Zweisprachigkeit im Schulunterricht stieß auf viel Kritik, weil sie tatsächlich eine große Merkwürdigkeit aufweist: Sie führt zu der fast einmaligen Situation, dass in einer grenznahen europäischen Region die offizielle Sprache des Nachbarstaats zur Unterrichtssprache erhoben wird. Denn in der Praxis wird in den Schulen, jedenfalls als Schriftsprache, nicht Elsässisch gelehrt, sondern gewöhnliches Hochdeutsch.

Wer deswegen aber bereits vor seinem geistigen Auge die Armee eines künftigen Großdeutschland durch die Straßenzüge von Strasbourg ziehen sieht, darf sich beruhigen. Dafür ist die heutige Schülergenerationen nicht zu begeistern. „ Meine Erfahrung ist," sagt Roland Pfefferkorn, „dass jene Kinder, die bereits in der Grundschule auf Deutsch unterrichtet wurden, später die deutsche Sprache ab- und allein Englisch als Zweitsprache wählen. Da die gelehrte Hochsprache nicht ihrem Umgangssprechen und auch nicht dem ihrer Eltern entspricht, bedeutet der doppelsprachige Unterricht einen Mehraufwand an Pauken für diese Kinder. Gewöhnlich haben sie vom Deutschen dann die Schnauze voll." Lediglich ökonomische Entscheidungsträger wie höhere Angestellte ließen ihre Kinder bewusst weiterhin Deutsch lernen, da sie an die wirtschaftlichen Konsequenzen für ihren Nachwuchs denken. Als Einfallstor eines neuen Anschlussprojekts wird die elsässische Sprachregelung wohl kaum taugen. Als soziales Distinktionsmerkmal für eine heranreifende Elite, nahe der wichtigsten innereuropäischen Sprachgrenze, aber vermutlich schon. *Bernhard Schmid* ■

„Schiffe sind zum Reisen da, nicht zum Wohnen“

Das Flüchtlingsschiff „Transit“ hat am 10. Dezember um 11.30 Köln erreicht. Anlegen konnte das zehn Meter hohe Containerschiff allerdings stundenlang nicht, denn die Flüchtlingsinitiativen Rom e.V., kein mensch ist illegal und Pro Roma blockierten das Anlegen des Schiffes im Deutzer Hafenbecken mit Abseil-aktionen an der Kaimauer und einer Besetzung des Schiffsdaches.

Auf dem Flüchtlingsschiff sind nicht etwa Flüchtlinge angereist, die in Köln Schutz und Hilfe suchten. Es ist vielmehr vom Wohnungsamt der Stadt Köln bestellt, um hier bis zu dreihundert Frauen, Männer und Kinder einzuweisen. Michael Schleicher, zuständig beim Wohnungsamt Köln, ließ es sich nicht nehmen, zum Hafen zu



kommen, um sein Schiff zu begrüßen. Schon der erste Eindruck dieses neuen Unterbringungsortes für Flüchtlinge entsetzt die Aktivisten vor Ort:

„Die Metallcontainer sind zu drei Stockwerken gestapelt. Die Wohnzellen sind nicht größer als 8 Quadratmeter und sind mit einem Etagenbett, einem Einzelbett und einem Plastiktisch ausgestattet. Offenbar sollen hier demnächst in einer Zelle drei Menschen leben“, beschreibt Helene Schmitt (kein mensch ist illegal) die „Transit“. 160 Flüchtlinge will die Stadt hier sofort unterbringen. Zum einen jene Roma, die monatelang auf dem verseuchten Gelände in Kalk unter krank machenden und unwürdigen Bedingungen in Containern lebten und jetzt für kurze Zeit in verschiedenen Wohnheimen untergebracht waren, zum anderen in Köln neu ankommende Flüchtlinge. Vor allem für die Kinder ist das Wohnen auf dem Schiff schlecht und gefährlich. Viele von ihnen, die schon seit Jahren in Köln leben, werden aus Schule, Kindergarten und sozialem Umfeld herausgerissen und auf dem Schiff isoliert. Doch auch für die Erwachsenen wird das Leben auf dem engen Schiff ein Alptraum werden. Köln schafft immer schlechtere Bedingungen für Flüchtlinge, um sie aus der Stadt zu vertreiben. Das ist die kölsche Version des Jahrzehnts der Integration.

Albrecht Kieser, kölner netzwerk kein mensch ist illegal ■

Demonstration zum 1. Todestag von Achidi John

Hamburg. Am Donnerstag, den 12. Dezember 2002, fand in Hamburg eine Demonstration zum ersten Todestag von Achidi John statt. Achidi John wurde am 12. Dezember 2001 für tot erklärt, nachdem er infolge eines Brechmitteleinsatzes am 9. Dezember 2001 ins Koma fiel.

Auf dem Hansaplatz in St. Georg hatten sich bei Temperaturen um -5°C rund 200 Leute versammelt. Dort war Achidi John vor einem Jahr festgenommen worden. Nach einer Rede ging die Demonstration los. Vor dem ‚Drob Inn‘ fand die erste Zwischenkundgebung statt. Das ‚Drob Inn‘ ist ein Druckraum in dem Junkies unter hygienischen Bedingungen ihre Drogen konsumieren können. Er soll verlagert werden, obwohl sich seit seinem Bestehen die Situation im Stadtteil für Anwohner und Junkies deutlich verbessert hat. „Was den Junkies hilft, hilft auch dem Stadtteil.“

Die angemeldete Route durch die Innenstadt war mit den üblichen Argumenten (potentielle Gewalttäter, zu viel Aufwand für die Polizei für Sicherheit zu sorgen, etc.) verboten worden. Alle Straßen in Richtung Innenstadt waren von der Polizei gesichert. Weitere Zwischenkundgebungen folgten am Gänsemarkt (viele Passanten) und am Gorch-Fock-Wall (Staatsanwaltschaft). Die Demo endete auf dem Achidi-John-Platz im Schanzenviertel. *Quelle: www.indymedia.de* ■

Gegen das „Unter den Teppich kehren“ – Aufbau antifaschistischer Strukturen fördern

ALGERMISSEN (KREIS HILDESHEIM). Auf Initiative der Antifaschistischen Aktion Hannover und anderer Gruppen, darunter Autonome Antifa (M) Göttingen und das Aktionsbündnis „Langenhagener gegen Rechte Gewalt“ fand am 16.11.2002 eine Demonstration im Dorf Algermissen (8700 Einwohner) statt. Etwa 400 (darunter sehr wenig Algermissener) beteiligten sich. Motto der aufrufenden antifaschistischen Gruppen: „Deutsche Realitäten angreifen, Rassismus bekämpfen, Antifaschistische Strukturen aufbauen“ Unterstützt wurde die Demonstration neben anderen autonomen Kräften u.a. vom Landesverband der VVN/BdA Niedersachsen, der SJ - Die Falken, KV Braunschweig und Wolfsburg; der Kooperativen Flüchtlings Solidarität, [‘solid] Hannover und Linksruck Hannover sowie den PDS-Abgeordneten im Regionalparlament Hannover und dem PDS-Kreisverband Hildesheim. Ziel war, die öffentliche politische Passivität der meisten Einwohner Algermissens und insbesondere der politisch Verantwortlichen in Algermissen nach den am 31.8. und 1.9.2002 stattgefundenen pogromartigen ausländerfeindlichen Ausschreitungen gegen Asylbewerber in der Armen- und Flüchtlingsunterkunft in Algermissen zu missbilligen (siehe AN Nr. 19/02). Bei den Ausschreitungen im Spätsommer wurden drei Flüchtlinge verletzt und andere mussten um ihr Leben fürchten.

Kernaussagen des Aufrufs waren: „Rassismus fällt nicht vom Himmel, sondern ist ein fester und gewollter Bestandteil dieser Gesellschaft... Der deutsche Mob setzt die bürgerliche Definition der „Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen“ durch rassistische Vertreibung beflissen in die Tat um. Dabei erweisen sich organisierte Neonazis und rassistische Schläger als Handlanger des deutschen Biedermanns... Der rassistische Terror hat heute einen anderen Hintergrund als vor zehn Jahren. Rassismus besteht aus Ressentiment plus Rentabilitätserwägung... Auch wenn die Interessen von Elite und Mob sich zuweilen widersprechen – in der Umsetzung rassistischer Ideologie ergänzen sich beide prächtig. Die neue globale Weltordnung und lokale faschistoide Schläger sind somit nur zwei Seiten derselben Medaille. Die hiesigen Völkischen müssen daher als höhnische Karikaturen der neoliberalen Utopien der Neuen Mitte begriffen werden und als deren konsequente Vollstrecker... Nicht zu vergessen ist auch, über Fluchtursachen und Migration nachzudenken. Im Zeichen marktstrategischer kapitalistischer Globalisierung, deren Auswirkung die Verreicherung der 1. Welt und die Verarmung der sogenannten 3. Welt ist, wird überhaupt Migration produziert. Denn wo es Krieg gibt, wo der Hunger und Elend einen in den Wahnsinn treiben, ist Flucht oder Emigration die einzige Möglichkeit zum Überleben!... Es wird noch hunderte Orte wie Algermissen geben, in denen ein rassistischer Mob zuschlagen kann und Erfüllungsgehilfe des völkischen Mainstreams sein wird. Grundsätzlich bedeutet dies, den Kapitalismus im Ganzen, als eine mörderische Form der Unterdrückung, zu entlarven... Realitätsnah, ohne die Perspektive einer sozialen Revolution, bedeutet dies aber auch, sich mit den Flüchtlingen zu solidarisieren und sie vor dem Mob von StammtischtäterInnen, Nazis und Stadt zu beschützen.“

Inwieweit diese Positionen mit der Realität übereinstimmen, wurde hier bislang nicht in einer öffentlichen antifaschistischen Veranstaltung diskutiert. Es dürfte mindestens fragwürdig sein, den Rassismus in der BRD Anfang der neunziger Jahre von den damaligen kapitalistischen Interessen zu separieren. Ebenfalls ist die Aussage doch recht oberflächlich, „Dabei erweisen sich organisierte Neonazis und rassistische Schläger als Handlanger des deutschen Biedermanns.“ Es dürfte doch eher andersherum sein. Der deutsche Biedermann als Handlanger der organisierten Faschisten. Der Aufruf machte sich wenig Mühe, die Situation vor Ort genau zu untersuchen, sondern pauschalisierte: „Auf den Straßen von Algermissen herrscht rassistische ‚Betriebsamkeit’, immer wenn gerade mal ein sogenanntes Volksfest auf dem Plan steht, werden rassistische Stammtisch- Parolen in die blutige Tat umgesetzt. So wurde das örtliche Asylheim mehrmals von einem rassistisch aufgeheizten Mob angegriffen.“ Der Niedersächsische Flüchtlingsrat unterstützte den Aufruf und die Demonstration nicht, beteiligte sich jedoch an der kritischen Diskussion im Internet-Forum der antifasch. Aktion Hann.(siehe www.antifa-hannover.de unter algermissen Rubrik interaktiv). Auch im Kreisverband der PDS Hildesheim wurde heftig diskutiert.

Bürgermeisterin Ursula Ernst, CDU-Landtagsabgeordnete, rief öffentlich gegen die Demonstration auf. Die SPD schloss sich der CDU an. Das ist insofern ein Rückschritt, da z.B. der stellvertretende Bürgermeister Reinhard Bähre (SPD) in einem Leserbrief vom 9.9. deutliche Worte gegen die Ausschreitungen fand: „Wir müssen aber der Tatsache ins Auge sehen, dass die in Algermissen begangenen Anschläge klare rechtsradikale fremdenfeindliche Hintergründe hatten und die Täter bundesweit, so haben es die polizeilichen Ermittlungen ergeben, einschlägig in dieser Szene bekannt sind.“

Rechte Einwohner trauten sich, am Rand der Demonstration herum zu feixen – allerdings war mehr Polizei im Ort angerückt als Teilnehmer der Demonstration zugegen waren. Der Demonstration positiv gegenüberstehende Einwohner waren weniger am Rande der Demonstration vertreten, eher noch am Bahnhof bei der Auftaktkundgebung. Der Redner der VVN/BdA, Landessprecher Gerd Bornemann, der auch die Demonstration angemeldet hatte, wies darauf hin, dass jahrelang ein faschistischer Verlag um Tanja Bügel und Markus Privenau aus Algermissen unbehelligt seitens der Gemeinde seine Hetze betreiben konnte. Gemeindedirektor Faubel hatte erklärt: „Wenn es hier eine organisierte Szene (gemeint: rechtsextremer Hintergrund, d.Verf.) gebe, hätte ich zwölf Jahre lang geschlafen“ (Hamelner Zeitung, 6.9.2002)

Inzwischen hat die Nachbereitung seitens der Antifaschistischen Aktion Hannover stattgefunden. Sie wertete die Demonstration als Erfolg, befasste sich mit der Kritik innerhalb der Linken und stellt fest: „Der Gemeindedirektor in Algermissen Fred Faubel, der u. a. öffentlich behauptete, >die Unterbringung von 18 Flüchtlingen in einem Dorf führe fast zwangsläufig zu negativen Vorkommnissen<, äußerte sich im Anschluss an die Demonstration wie folgt: >Damit ist das Thema beerdigt.< Nicht nur um diesem etwas entgegenzusetzen, sondern vornehmlich aus dem Beweggrund heraus, positiven Einfluss auf die politische Meinungsbildung in Algermissen zu nehmen, plant die Antifaschistische Aktion Hannover eine Podiumsdiskussion zum Thema Rassismus vor Ort durchzuführen. Als Podiumsgäste sind sowohl ReferentInnen der örtlichen Politik und des kommunalen Präventionsrates, sofern dieser bereits Bestand hat, sowie VertreterInnen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates, der Antifaschistischen Aktion Hannover und des VVN/BdA angedacht. Der Sinn einer Podiumsdiskussion liegt einerseits darin begründet, der Gesellschaft ihren Spiegel vorzuhalten und zielt andererseits darauf ab, den Aufbau antifaschistischer Strukturen zu fördern. Des weiteren fordern wir die Algermissener dazu auf, konkrete antirassistische Handlungsstrategien aus ihrem Bekenntnis zur Weltoffenheit und Toleranz abzuleiten. Antifaschistische Initiativen werden von uns unterstützt und gefördert“ (www.puk.de/aah/aah - dort unter: Nach der Demo ist vor der Demo - Nachbereitungspapier). *raj* ■

Eindämmen, abgrenzen, wegschieben

„Ausländer raus"-Initiativen der EU-Kommission

Die Europäische Union vereinheitlicht die Innen- und Justizpolitik. Ziel der Übung ist es, die Chancen auf Asyl in Europa weiter einzuschränken. Bereits in den Herkunftsregionen sollen die Wanderungsströme eingedämmt werden, die EU-Außengrenzen werden weiter ausgebaut. Wenn das alles nichts hilft, dann wird abgeschoben, was das Zeug hält.

„Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen" der Titel des Grünbuchs der Europäischen Kommission, mit dem sie im April die Richtlinien

Algermissen

ihrer Politik formulierte, sagt bereits einiges aus über die Politikvorstellung der Urheber zum Thema Justiz und Inneres. Das Grünbuch ist eine Art Zwischenbericht der Kommission, in dem sie den bisherigen Prozess begutachtet und überlegt, wie sie Migranten weiter behindern und Asyl unmöglich machen kann.

Im Oktober 2002 legten die Verfasser dem Grünbuch ungewöhnlich schnell ein so genanntes Weißbuch nach. Dabei basiert diese offizielle Mitteilung an den Rat und das Europaparlament auf den Ergebnissen des informellen Innenministertreffens in Kopenhagen im September 2002.

Bereits das Inhaltsverzeichnis erweckt den Eindruck, eher das Programm der NPD vor sich zu haben, als ein Politikkonzept der EU. Einige beispielhafte Kapitel des Weißbuchs heißen dementsprechend „Konzentration auf die Rückkehr illegal aufhältiger Personen, Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern im Bereich Rückkehr und Rückübernahme, Bewährte Praktiken, Regeln für die Rückübernahme, Gemeinsame Rückführungsmaßnahmen, Abschiebung" oder auch „Beendigung des legalen Aufenthaltes".

Da es noch keine legale Basis für eine EU-weite Zusammenarbeit auf der operationellen Ebene gibt, also da es bisher keine von der EU verwalteten Abschiebeknäste oder Asylanerkennungsbehörden existieren, sollen mittelfristig gemeinsame Standards beschlossen werden. So wird gewährleistet, dass dann letztlich alle EU-Staaten auf nationaler Ebene die gleichen Schweinereien veranstalten.

Abschüblinge in Baden-Württemberg kooperieren schlecht

Aufgrund der nationalen Erfahrungen sollen Elemente einer integrierten Abschiebepolitik herausgearbeitet werden. Gute Ideen für ihre menschenfeindlichen Absichten bekommt die Kommission fast von überall. Roland Eckert, seines Zeichens Ministerialdirigent im baden-württembergischen Innenministerium, hält es beispielsweise für eine Unverschämtheit der Ausländer, wie wenig sie bei ihrer Abschiebung in Hunger, Verfolgung, Folter und Krieg behilflich sind.

Im Amtsdeutsch klingt der Zorn des Bürokraten dann folgendermaßen: „Aus den Erfahrungen der letzten Jahre beim Vollzug des Ausländerrechts durch die Ausländerbehörden des Landes Baden-Württemberg weiß ich, welche Schwierigkeiten bestehen, Ausländer gegen ihren Willen in ihre Heimat abzuschieben. Von der mangelnden Mitwirkungsbereitschaft bei der Beschaffung eines Heimreisedokuments über das Vortäuschen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu renitentem Verhalten am Tag der Abschiebung müssen vielfältige Schwierigkeiten bewältigt werden. Dabei zeigt die Erfahrung, dass viele Ausländer bereit sind, alle sich bietenden Möglichkeiten zur Verlängerung ihres Aufenthaltes auch über die Grenze des Missbrauchs der Gesetze hinaus auszuschöpfen. Ich schlage vor, dies bei den weiteren Überlegungen der Kommission stärker zu berücksichtigen, um unnötige Anreize für solches Verhalten zu vermeiden, Sanktionen sollten für entsprechendes Verhalten vorgesehen werden."

Dementsprechend will die EU-Kommission mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge stärker zusammenarbeiten, sowohl auf administrativer, als auch auf operationaler Ebene, um die Abschiebepolitik so effektiver zu gestalten. Deshalb sind umfangreiche „Rückübernahmeabkommen" mit den Hauptursprungsländern der Migration nach Europa wie Pakistan, Sri Lanka, Marokko oder Macau geplant. Während die Rückübernahme von Flüchtlingen früher in Wirtschaftsabkommen vereinbart wurde, werden heute eigene Abschiebeabkommen verhandelt.

Anders ausgedrückt: Wurden früher die Länder mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe erpresst, der EU zu Willen zu sein, mag die EU heute eine solche Verbindung gar nicht mehr herstellen. Die Gefügigkeit gegenüber der EU wird vorausgesetzt, sie muss nicht mehr – wenn auch für ein paar Brosamen – erkauft werden. Dazu passt, dass in alle zukünftigen Assoziations- und Kooperationsabkommen Standardklauseln zur Rückübernahme eingefügt werden. Wer mit der EU zusammenarbeiten will, der hat mit seinen Bürgern so zu verfahren, wie es die EU will. Die Kriterien, nach denen die Staaten ausgewählt wurden, lauten folgerichtig „Wanderungsdruck auf die EU", „regionale Kohärenz" und „geographische Nähe", denn natürlich will die EU möglichst viele „illegal Aufhältige" mit einer Klappe schlagen.

Ein Pilotabschluss mit Hongkong passiert Anfang Dezember das Europäische Parlament und tritt dann bald in Kraft. Die Besitzer eines Hongkonger Reisepasses erhalten eine dreimonatige Visumsfreiheit in der EU, im Gegenzug verpflichten sich beide Vertragsparteien, Abschiebefragen beschleunigt zu bearbeiten. Auch Personen aus anderen Staaten, die Hongkong nur als Transitland durchquert haben, können dorthin „zurückgeführt" werden. Lästige Staatsbürgerschaftsnachweise, die bisher teilweise Abschiebungen verhindert haben, bleiben den Behörden dabei künftig erspart. Die Beweisführung, wonach Personen über Hongkong eingereist sind, wird vereinfacht.

Denn: Nicht nur offizielle Dokumente wie Visumseinträge im Pass erlauben künftig die Abschiebung, schon Hotelrechnungen, Arzttermine in Hongkong oder Passagierlisten reichen nunmehr aus. Weil Ärzte, Hotels und Fluggesellschaften aber die Namen ihrer Kunden nicht überprüfen, können solche Belege gefälscht werden. Das ist aber nicht wirklich nötig, weil auch „Prima Facie Evidence", also Beweise des ersten Augenscheins wie „offizielle Aussagen" der Grenzbehörden, abgehörte Aussagen der Person selbst, Informationen einer „internationalen Organisation" und auch Informationen von Mitreisenden ausreichen, um jemanden nach Hongkong abzuschieben.

Die Wünsche des Ministerialdirigenten aus Baden-Württemberg wurden also erhört.

Ilka Schröder, Denkpause 2.12.02 ■
Informationen aus dem Europaparlament

Grünbuch „Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen"
http://www.europa. eu.int/eur-lex/de/com/gpr/2002/com2002_0175de01.pdf
Weißbuch „Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen"
http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2002/com2002_0564de01.pdf
Nicholas Busch: Ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts"?, 2001, www.pds-europa.de/materialien/asyl-migra.pdf
Ilka Schröder zum Thema „Festung Europa": http://www.ilka.org/ themen/fe.html

Auch die Stadtwerke Bremen waren keine „Insel der Reinen“

Neues Buch über die Zwangsarbeit von 1939 bis 1945

Was die IV. Berufungskammer Bremen am 18. Juli 1949 in der Urteilsbegründung zu einem Entnazifizierungsverfahren zu Papier gebracht hatte, geht wahrscheinlich noch heute vielen Hansestädtern runter wie Butter. Kein Wunder sei es, „dass unter allen in Bremen wirksam gewordenen Nazis kaum ein Bremer zu finden ist“, heißt es in dem Dokument. Es könne als „notorisch feststehend angesehen werden, dass der Nationalsozialismus den Bremer Hanseaten gegen ihren Willen aufgezwungen worden ist.“ Der Historiker Marcus Meyer weiß es besser.

Er untersuchte eingehend die Geschichte der Zwangsarbeit bei den Bremer Stadtwerken von 1939 bis 1945, bis 1942 ein staatliches Unternehmen. Sein Fazit, das auch für die anderen Firmen in der nordwestdeutschen Metropole gültig sein dürfte: „Von einer ablehnenden Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus, wie sie die Spruchkammer nach dem Krieg den Bremern generell unterstellte, kann für die Zeit nach der Gleichschaltung bei den Stadtwerken nur am Rande die Rede sein.“

1999 hatte der Vorstand der swb AG, der Rechtsnachfolgerin der Bremer Stadtwerke beschlossen, sich mit der Geschichte des Unternehmens während der Herrschaft des Nazi-Regimes gründlich auseinander zu setzen. So kam der erst 27-jährige Wissenschaftler Marcus Meyer zu seinem Auftrag. Er verfasste das Buch „...uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen – Zwangsarbeit bei den Bremer Stadtwerken 1939-1945 “, das nun im Verlag Edition Temmen erschienen ist. Dabei kooperierte Meyer eng mit dem Institut für Regional- und Sozialgeschichte an der Universität Bremen. Der Autor hatte an der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Bremen Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaften studiert. Seit seinem Magisterabschluss 2000 beschäftigt er sich neben seiner Dissertation mit verschiedenen regionalgeschichtlichen Projekten.

Spielräume geschickt ausgenutzt

„Das Buch bedeutet uns viel“, sagte swb-Vorstandsvorsitzender Gerhard Harder bei der offiziellen Präsentation des 169-seitigen Werkes. Gemeint sei es als eine ideelle Geste der Solidarität mit den Opfern der Zwangsarbeit und als „Mahnung an uns, in unserer eigenen Zeit wachsam zu sein und unserer eigenen Verantwortung gerecht zu werden“. Jede Generation habe ihre Spielräume und sei verpflichtet, in diesen Freiräumen verantwortungsvoll zu handeln.

Rund 600 ausländische Arbeitskräfte, die zwischen 1940 und 1945 bei den Bremer Stadtwerken gearbeitet hatten, sind namentlich bekannt geworden. Der Jüngste von ihnen war 13, der älteste 67 Jahre alt. Dass so viele von ihnen identifiziert werden konnten, ist eine Besonderheit - und es ist zwei Kartons zuzuschreiben, die vor einiger Zeit im Hauptgebäude der swb AG gefunden wurden.

Die meisten Zwangsarbeiter bei den Stadtwerken wurden im Bereich des Gaswerkes und in der Kabelabteilung gebraucht. Ein erster Beleg für eine Anforderung von Zwangsarbeitskräften – 50 an der Zahl – stammt aus der Geschäftsleitung des Gaswerkes und datiert vom Juli 1940.

Über die Lebenslagen der Zwangs- und Fremdarbeiter sollte nichts Verallgemeinerndes geäußert werden, wünscht sich Meyer. Denn: „Die rassenideologischen Vorgaben auf der einen und die kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten auf der anderen Seite hatten zum Teil völlig gegensätzliche Maßnahmen zur Folge.“ Während die Rassen- und Sicherheitspolitiker auf den geschaffenen Hierarchien beharrten, bemühten sich die Unternehmer um eine möglichst effektive Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft - im Interesse ihres Betriebes. Marcus Meyer wehrt sich gegen die bei vielen Bremern wohl willkommene Einschätzung, dass Zwangsarbeiter in der Stadt an der Weser wenig zu befürchten gehabt hätten, weil sie quasi in einem heimlichen Bollwerk der Nazigegnerschaft eingesetzt wurden. „Fest steht auf der einen Seite, dass Fremdarbeiter misshandelt und geschlagen wurden“, so Meyer. Allerdings: „Fest steht aber auf der anderen Seite auch, dass dies nicht die Regel war und die Arbeiter im Allgemeinen gut behandelt worden sind.“

Bremen war in der Blütezeit des Hakenkreuzes keine „Insel der Reinen“. Aber dass hier manch ein Funktionsträger seine Befugnisse und Spielräume stärker im positiven Sinne auszunutzen verstand als in vielen anderen Gegenden Deutschlands, darf dann doch behauptet werden.

Hin und her gerissene NS-Politik

Schon wenige Monate nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten forderte das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ auch bei den Bremer Stadtwerken seinen Tribut. Durch zahlreiche Kündigungen wurde Platz für die „Parteigenossen“ geschaffen. Zwischen 1933 und 1934 wurden 162 Mitarbeiter „gefeuert“, davon die meisten bei den Gas- und Wasserwerken.

Das bekannteste Opfer bei der „Säuberung“ des Personals war Heinrich Schütte. Der Direktor der Gaswerke wurde 1934 entlassen. Den neuen Herrschern war er ein Dorn im Auge, weil er sich einer NSDAP-Mitgliedschaft verweigert und einer Freimaurerloge angehört hatte. Am Fall Heinrich Schütte lässt sich aber auch eine gewisse Widersprüchlichkeit der Nazi-Politik nachvollziehen, die nicht selten hin- und hergerissen war zwischen pragmatischen Überlegungen und einer gnadenlosen Ideologie. Denn der seines Amtes enthobene Gaswerke-Chef durfte Aufsichtsratsmitglied der Vereinigung Deutscher Gaswerke bleiben, einer bedeutenden Interessenvertretung der kommunalen Gasversorger. Dagegen regte sich zwar Kritik aus Kreisen der Partei, aber der Bürgermeister und der Wirtschaftssenator verteidigten die Funktion Schüttes – mit der Begründung, dass er einen 25-prozentigen Kapazitätsabbau zu Gunsten der Norddeutschen Hütte wieder aufgefangen habe.

Zum Nachfolger von Heinrich Schütte avancierte Friedrich Hopf, der es bereits 1933 zum SA-Obersturmführer gebracht hatte. Dem einstigen Teilnehmer des Hitler-Putsches 1923 war trotz seiner menschenverachtenden ideologischen Grundlage eigenes menschliches Verhalten nicht fremd – vor allem dann nicht, wenn es im Sinne seines Unternehmens lag. Gerade

Friedrich Hopf war sehr an einer innerbetrieblichen Versorgung auch der Ostarbeiter gelegen, beschaffte ihnen zusätzliche Nahrungsmittel. Damit die sowjetischen Arbeitskräfte einsatzfähig bleiben konnten, verstieß er sogar gegen die Versorgungsrichtlinien. Auch im Umgang mit Zwangsarbeitern, die sich unrechtmäßig verhalten hatten, fiel Hopf durch eine relative Milde auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Direktor der Gas- und Wasserwerke – ab 1943 zusätzlich Dienststellenleiter des Wehrkreisbeauftragten X in Bremen und Gauamtsleiter für Technik – zu zwei Jahren Haft verurteilt. Begründung: Als überzeugter Nationalsozialist hatte er noch im April 1945 die Zerstörung von Betriebsanlagen der Stadtwerke befohlen – in seiner Funktion als Führer eines Lähmungstrupps, den der Bremer Bürgermeister bestimmt hatte.

Diesem „alten Kameraden" stand als eine Art Mittelsmann zwischen der Belegschaft und der Geschäftsleitung der gelernte Tischler Richard Beste zur Seite. Er erarbeitete sich schnell den Ruf, ein eifriger Denunziant und Gestapo-Zuträger zu sein. „Betriebsobmann" Beste hatte vor seiner neuen Anstellung bei den Gaswerken als Aufseher im Bremer Konzentrationslager Missler Spuren hinterlassen: In dem KZ wurden vor allem sozialdemokratische und kommunistische Aktivisten eingesperrt und misshandelt. Ebenso sorgte das Arbeitserziehungslager Bremen-Farge für ein erhebliches Drohpotenzial gegenüber Arbeitern, die sich nicht so ohne weiteres an die „neue Zeit" anpassen wollten.

Vorrang wirtschaftlicher Interessen

Dass sogar „politisch Unzuverlässige" Amt und Würden behalten durften, wenn sie für die Wirtschaft nützlich waren, zeigt sich zum Beispiel an Werner Matthias. Er blieb Direktor des Bremer Elektrizitätswerkes und stieg sogar zum Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke Bremen AG auf – und das trotz seiner Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge, wegen der sein NSDAP-Mitgliedsantrag abgelehnt worden war. „In der Wahl von Matthias zum Vorstandsvorsitzenden zeigte sich deutlich der Vorrang wirtschaftlicher vor ideologischen Interessen", meint Buchautor Meyer.

Zeitzeugen und Dokumente beschrieben Matthias als jemanden, der weltanschaulich keineswegs von den Nazis überzeugt war und berufsbedingte Spielräume geschickt auszunutzen verstand. Erst 1942 verlor der Direktor seinen Einfluss; er wurde in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er erneut zum Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke berufen. Matthias gehörte zu den wenigen Angehörigen der Stadtwerke, gegen deren Wiedereinstellung der Betriebsrat kein Veto einlegte.

Mit den Zwangsarbeitern war das so eine Sache. Sie wurden angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels unbedingt gebraucht, erzeugten jedoch auch einige Unruhe. Suspekt waren sie zum Beispiel der NSDAP-Ortsgruppe Bremen-Hemelingen. Sie beschwerte sich im Januar 1941 darüber, dass die ausländischen Arbeiter bei den Stadtwerken unzureichend bewacht würden und äußerst unzuverlässig seien. In einem Lagebericht dieser Parteigliederung heißt es: „Wenn man sieht, wie täglich Hunderte ausländischer Arbeiter an dieser bewaffneten Betriebswache vorbeiziehen, fragt man sich, wie viele von diesen Ausländern wohl Doppelverdiener sind, d.h. auch im Solde Englands stehen. Zudem bekommen diese ausländischen Arbeiter auch Urlaub und ein Teil von ihnen kehrt niemals wieder." Und weiter: „Da die meisten ausländischen Arbeiter noch mit England sympathisieren und an die Leistungen der deutschen Arbeiter nicht heranreichen, sind die deutschen Arbeiter von diesen Zuständen nicht sehr erfreut. Dass die ausländischen Arbeiter außerdem in der Lage sind, sich die Butter fingerdick aufzuschmieren, trägt nicht zur Erhöhung der Sympathie bei."

Ende 1942 wurden die Schwierigkeiten der Nazis größer, das Bild zu halten, dass die Nazipropaganda von den „stumpfsinnigen und ungebildeten" Russen gezeichnet hatte. Der Sicherheitsdienst (SD) mahnte sogar eine Überarbeitung der Propaganda an. Gerade in Arbeiterkreisen werde nämlich festgestellt, dass die Russen doch recht intelligent und von schneller Auffassungsgabe seien. Außerdem verfügten sie durchaus über Tugenden wie Mut, Vaterlandsliebe und Kameradschaft.

Auch in Bremen wurden den Nazis schon bald nach dem Zusammenbruch des braunen Regimes kaum Knüppel zwischen die Beine geworfen. Marcus Meyer wundert sich in seinem Buch „..uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen": „Die Urteile der Bremer und anderer Spruchkammern und Gerichte über die Führungskräfte der Stadtwerke fielen allesamt milde aus." Zum Beispiel wurde der gefürchtete Betriebsobmann Richard Beste lediglich zu einer Geldstrafe von 100 Reichsmark verurteilt. Walter Bolenz, seit 1934 Ingenieur im Bremer Gaswerk und Leiter des Werkschutzes, war noch von den Alliierten wegen Gestapo-Aktivitäten und der Misshandlung von Zwangsarbeitern gesucht worden. Die Bremer Spruchkammer stufte ihn als „Minderbelasteten" ein. Selbst Stadtwerke-Prokurist Georg Meyer wurde als „Mitläufer" etikettiert, obwohl ihm Misshandlungen von Zwangsarbeitern eindeutig nachgewiesen werden konnten.

Marcus Meyer gesteht den Stadtwerken zu, dass bei ihnen nicht von einer „Vernichtung durch Arbeit" die Rede sein könne. Dennoch: Der Großteil der Arbeiter sei nicht freiwillig nach Bremen gekommen. „Sie waren von ihren Familien getrennt, rassistischen Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt und liefen jederzeit Gefahr, von den deutschen Behörden in Haft genommen zu werden. Sie unterlagen einer strengen Bewachung, waren de facto rechtlos und der Willkür ihrer Umgebung ausgesetzt."

Resümee nach der Lektüre des Meyer-Buches: Ihm ist eine leicht verständlich formulierte Dokumentation gelungen, die ohne wissenschaftliche Ausdrucks-Stolpersteine auskommt – ohne deshalb unwissenschaftlich zu sein. Durch zahlreiche Illustrationen wird die Lektüre zusätzlich erleichtert.

Thomas Klaus ■

Marcus Meyer, ... uns 100 Zivilausländer umgehend zu beschaffen – Zwangsarbeit bei den Bremer Stadtwerken 1939-1945, Edition Temmen, ISBN 3-86108-678-6, 169 Seiten, 19,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Sprachliche Mimikry

Nation & Europa 11/12-2002

Ein Schulbeispiel dafür, wie neofaschistische Inhalte sprachlich so verpackt werden, dass sie auf den ersten Blick gar nicht als solche wahrgenommen werden, liefern in der November/Dezember-Doppelnummer von „Nation & Europa“ die Erstunterzeichner einer „Eisenacher Resolution“. Diese acht Herren, unter ihnen Dr. *Felix Buck*, der frühere NPD-Vorsitzende *Dr. Rolf Kosiek* und Konteradmiral a.D. *Günter Poser*, zum großen Teil ständige oder gelegentliche Autoren in N & E, unterschrieben diese Resolution, die vermutlich an das berüchtigte „Heidelberger Manifest“ anknüpfen soll, als Teilnehmer einer „Fachtagung“ der Deutschen Studiengemeinschaft zum Thema „Bevölkerungspolitik – Demographischer Wandel und Zuwanderung“.

Ohne allzuviel Phantasie aufwenden zu müssen, kann sich jede(r), der/die Deutsche Studiengemeinschaft kennt, deren rassistische Pläne vorstellen – insofern bietet die Resolution keinerlei Überraschungen. Interessant ist allerdings die Fähigkeit der sprachlichen Tarnung. Was bei Nazischriftsteller Hans Grimm noch deutlich „Volk ohne Raum“ hieß, nennen die akademischen Anzugfaschisten so: „Deutschland kann wegen der Beengtheit seines Raums und seiner Überbevölkerung kein Einwanderungsland sein“. Denn: „Einwanderung ist Landnahme...“. Und gegen die, die einem Land nehmen wollen, muss „man“ sich natürlich wehren. Deshalb kann Einwanderung „...langfristig Potentiale für Unruhen oder Bürgerkrieg schaffen“.

Wird bei den Straßenzusammenrottungen der Neonazis noch brutal und unzweideutig „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ gebrüllt, heißt es in der „Eisenacher Resolution“ dezenter: „Rückführung in die Herkunftsländer statt Einwanderung muß daher die Devise verantwortlicher, dem eigenen Volk verpflichteter deutscher Politik sein“. Gemeint ist die gleiche menschenfeindliche Politik.

Bei der Vielzahl der Neugründungen scheinbar bürgerlich reputierlicher Rechtsparteien fragen sich manchmal selbst aktive Antifaschist(inn)en, ob es sich dabei nicht tatsächlich „nur“ um am rechten Rand des konservativen Spektrums angesiedelte Gruppierungen handele, mit denen die Auseinandersetzung eher in der Diskussion gesführt werden müsse.

Michael Brückner ist da ganz anderer Meinung: „Warum einigen sich die Rechten nicht? Ein Blick in die Parteiprogramme zeigt ein hohes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung. Unterschiede beschränken sich weitgehend auf Akzent und Stil. Dennoch wird von den jeweiligen Parteiführungen so getan, als lägen Welten zwischen den politischen Denkansätzen“. Wir danken für die Aufklärung.

Interesante Finanzinterna über *Manfred Brunners* gescheiterten Bund freier Bürger“ tragen *Franz Schönhuber* und ein Autor mit dem Kürzel hg an die interessierte Öffentlichkeit. Auch wenn Futterneid und Missgunst den beiden dabei die Feder geführt hat, sind die Tatsachen es wert, zur Kenntnis genommen zu werden: „Auffällig war der finanzielle Aufwand des BFB. Brunner verwies auf ‚viele kleine Spender‘. In dem Strafverfahren stellte es sich aber heraus, daß es im wesentlichen eine Quelle gab: den bayerischen Bankier August von Finck. Der heute 72jährige, ein konservativ gestimmter Patriot, hatte für den Aufbau der Partei nach und nach rund 8,5 Millionen Mark an Brunner gezahlt.... Brunner kassierte nicht nur bei Finck. Von einer Münchner BFB-Kandidatin erhielt er 192 000 Mark. Auch ein Unternehmer aus Hessen war mit einem sechsstelligen Betrag dabei. Der Intendant des Deutschen Theaters in München, Heiko Plapperer-Lüthgarth, stellte 500 000 Mark zur Verfügung“. Der Volksmund weiß es: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

tri ■

„Pro Köln“ bei JN-Kongress

Deutsche Stimme 12-2002

Mitte November fand im hessischen Kirchheim der Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten (JN) statt, berichtet die neueste Ausgabe der „Deutschen Stimme“. Als Gäste anwesend waren dem Bericht zufolge der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, der frühere JN-Bundesvorsitzende und jetzige stellv. NPD-Vorsitzende Holger Apfel sowie Rechtsanwalt Markus Beisicht von der „Bürgerbewegung Pro Köln“.

Wörtlich: „Ein Grußwort an die Kongreßteilnehmer richtete die Vorsitzende der Bürgerbewegung pro Köln, Judith Wolter, die dies als ein Zeichen patriotischer Solidarität in Zeiten von Repressionsdruck und Verbotsdrohung gegen die Nationaldemokraten verstand.“ Das Auftreten ist auch von daher interessant, da „Pro Köln“, die zur Zeit mit einer massiven Kampagne gegen Moschee-Bauten in Köln von sich reden machen, gern jeden neofaschistischen Background bestreiten. Als JN-Vorsitzender löste Stefan Rochow (25 J., früher stellv. Bundesvorsitzender der JLO - Junge Landsmannschaft Ostpreußen) Sascha Roßmüller ab. Stellvertreter sind Matthias Brodbeck (Ba-Wü) und Alexander Delle (Sachsen), als Beisitzer fungieren: Sebastian Behrends, Thorsten Crämer, Marco Fäßler, Jan Gallasch, Alexander Neidlein, Jens Pakleppa, Nico Wedding und Oliver Westerwinter. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne 2002 doch noch am Ziel!

Wieder sind noch etliche Spenden eingetroffen, so dass wir die Spendenaktion jetzt abschließen können mit einem Stand von

2793,56 Euro

Vielen Dank noch einmal allen, die sich daran beteiligt haben.